

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Haaslergasse 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Abzugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 88.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Sonntag, 10. Feber 1924.

Nr. 35.

Die gefäufte öffentliche Meinung.

Die Geschichte, um die es sich handelt, spielt in Frankreich, aber ihr Schauplatz könnte ebensogut in jedes andere Land verlegt werden. Sie ist auch nicht aus den jüngsten Tagen, sondern datiert aus der Zeit vor dem Weltkrieg, aber sie auf unsere Zeit zu verlegen, würde nicht schwer halten, denn es ist seither nicht anders geworden. Sie betrifft die Korruption der Pariser großen bürgerlichen Presse, die sich sowohl zur Zeit des russisch-japanischen Krieges als auch in der Zeit vor dem Weltkrieg, das einmal durch den rollenden russischen Rubel kaufen ließ, um für Finanzoperationen des zaristischen Rußland Stimmung zu machen, das andererseits durch die damals unter der Leitung Poincarés stehende französische Regierung, die einen von ihr verwalteten Rubelfonds dazu verwendete, um durch die bestochene Presse den ihr erforderlich erscheinenden kriegerischen Geist zu erzeugen. Daß der Pressesumpf erst jetzt bekannt wird, liegt daran, daß er sorgsam zugedeckt gehalten wurde und auch jetzt verdammt man seine Kenntnis nur dem Zufall, daß durch die russische Revolution die Geheimarchive der zaristischen Regierungen ihren Hütern entzogen und aus Tageslicht gebracht wurden. Würden die Geldquellen bekannt werden, aus denen die bürgerlichen Zeitungen in der unmittelbaren Gegenwart gespeist werden, — und nicht nur jene Frankreichs, — es würde sich ergeben, daß sich nichts geändert hat, und daß in der Kapitalistenpresse aller Staaten das gedruckte Wort dem Reichtum, den Reichen und Mächtigen, dienend ist.

Die Pariser „Humanité“ veröffentlichte in den letzten Wochen eine große Zahl von aus den alten zaristischen Geheimarchiven stammenden Dokumenten und Ziffern, aus denen hervorgeht, wie in allen Jahren vor dem Krieg die gesamte Pariser Presse, von den großen Weltblättern bis zum letzten Skandalblättchen mit einziger Ausnahme der Arbeiterpresse, von den Agenten der russischen Regierung Bestechungsgelder angenommen hat. Die nun veröffentlichten Dokumente sind der „Humanité“ von der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt worden. Der erste Teil bezieht sich auf die Zeit des Beginnes des russisch-japanischen Krieges, da an der Pariser Börse die russischen Anleihepapiere plötzlich bedenklich zu fallen begannen, was sehr natürlich erschien, da die finanzielle Lage des Zarenreiches damals eine sehr schlechte war. Um den Krieg ausführen zu können, brauchte Rußland Geld, das es sich nicht anders als mit neuen Anleihen beschaffen konnte. Daher mußte vor allem das Sinken der alten Anleihepapiere verhindert werden. Wer anders konnte da für die erforderliche Stimmung sorgen, als die französische Presse! Dieser wurde denn die Aufgabe zugewiesen, ihre Besonnenen zu blasen zum Ruhme des glänzenden Standes der russischen Finanzen, der guten Aussichten des Krieges und der unbedingten Sicherheit der russischen Anleihen. Für diese sicheren Anleihen, welche vor dem Weltkrieg etwa dreißig Milliarden betragen, ist bekanntlich seit dem Jahre 1914 nicht ein Centime Zinsen gezahlt worden. Die französische bürgerliche Presse zeigte sich bereit, zur Hebung von Rußlands Geldnöte die Reklame-trommel zu rühren, doch sollte ihr die russische Regierung während der Dauer des Krieges ein monatliches Schmiergeld von einer Viertelmillion Franken zahlen, was damals eine schon bedeutende Summe war. Das war der Zarenregierung zu viel und es begann das Feilschen, das für Rußland Rasfalski, der Vertreter des russischen Finanzministers in Paris, zu besorgen hatte. Und sie nahmen alle die Kleinen und die Großen: „Figaro“, „Temps“, „Petit Journal“, „Echo de Paris“, „Clair“, „Debois“, „Radical“, „Petit Parisien“ bis hinab zu den Revolverblättern und den Provinz-

Berschürfung im Bodenbacher Metallarbeiterstreik.

1200 Arbeiter im Streik. — 1300 ausgesperrt. — Unerhörte Brutalität der Unternehmer.

Bodenbach, 9. Feber. Im Kampfe der Bodenbacher Metallarbeiter ist heute eine bedeutende Verschärfung eingetreten. Wie bereits gemeldet, haben die Firmen Warm, Bodenbach, Maurer-Zeichen, Hütsch-Alstadt, Haardi-Reschwig, Wähler-Culau und Döschler-Niegersdorf am 4. ds. durch Anschlag beantragt, daß sie, falls der Streik in den Vergmann-, Chandoir- und Graba-Werken bis Donnerstag nicht beendet ist, den Betrieb einstellen und sämtliche Arbeiter entlassen würden. Die genannten Betriebe haben ihre Drohung wahr gemacht und sämtliche Arbeiter, insgesamt 1300, ausgesperrt.

Die Firma Döschler in Niegersdorf hat ihren Betrieb bereits gestern eingestellt und ihre Arbeiter entlassen. Bei der Firma Warm in Bodenbach fanden die Arbeiter, als sie sich heute früh zur Arbeit einfanden, die Zu-

gänge verschlossen. In den übrigen Betrieben ist die Aussperrung heute mittags erfolgt.

Die Firmen lehnen Verhandlungen strikte ab und versuchen mit den verwerflichsten Mitteln, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Sie treten an einzelne Arbeiter, meist indifferente, heran und versprechen ihnen, falls sie auf den Abschluß eines Vertretunges verzichten, die Arbeit Montag aufnehmen zu können. Ihre Versuche scheitern jedoch an der einmütigen Kampfschlossenheit der Arbeiter.

Bodenbach, 9. Feber. Im Streik der hiesigen Chamottearbeiter ist keine Veränderung eingetreten. Der Kampf dauert mit unverminderter Hartnäckigkeit an. Am Streik sind 130 Arbeiter beteiligt. Zugang ist strenge fernzuhalten.

Ausperrung der Textilarbeiter in Tannwald.

Zweitausend Arbeiter aufs Blaßer geworfen.

Tannwald, 9. Feber. (Eigenbericht.) Seit mehreren Wochen steht die Arbeiterschaft der „Textilwerke“ in Tannwald im Auslande, zu dem sie von den dortigen Scharfmachern in der freiwilhesten Weise herangezogen wurde. Die Unternehmer verlangten, daß die Arbeiterschaft außer der vollgesetzten 48stündigen Arbeitszeit eine weitere Stunde dazu verwenden, um die Maschinen zu reinigen. Eine Entscheidung des Ministeriums für soziale Fürsorge, welches von beiden Parteien in dieser Streitfrage angerufen wurde, ist sonderbarer Weise nicht erfolgt. Infolgedessen bestanden die Unternehmer darauf, daß die separate „Pausstunde“ auf Grund ihrer selbstherrlichen Verfügung zu erfolgen habe. Alle Bemühungen der Textilarbeiterunion, die Unternehmer von ihrem Diktat abzubringen, blieben erfolglos, sie

wiesen jeden Vorschlag brüsk zurück und schließlich überbande die Streikszene der Organisation der Textilindustriellen ein Ultimatum, in dem die Arbeiter aufmerksam gemacht werden, daß ab Samstag, den 9. jeder Beschäftigte als entlassen gilt, der die Leistung der separaten Pausstunde über die 48stündige Arbeitszeit hinaus verweigert. Da die Arbeiterschaft der „Textilwerke“ sich auch durch dieses provokante Vorgehen der Tannwalder Scharfmacher nicht einschüchtern ließ, und die Leistung einer Gratarbeitsstunde ablehnt, ist die angedrohte Entlassung mit dem heutigen Tage in Wirklichkeit getreten. Durch die Aussperrung sind mehr als zweitausend Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos geworden.

föhren, die gleichfalls gierig nach jedem Hapen schnappen. Die monatlichen Bestechungsgelder betragen zwischen 500 und 600 Franken, daneben bezogen noch einzelne Journalisten, 33 an der Zahl, und unter ihnen Träger bekannter Namen, als persönliche Trinkgelber monatliche Summen bis zu 2000 Franken. Für dieses Geld schwindelte die gefäufte „öffentliche Meinung“ der Bevölkerung über Rußlands Finanzen Botenklischee Dörfer vor und mit Hilfe dieser bestochenen Journalistik vermochte Rußland seine Anleihen in Paris bis auf 30 Milliarden Franken zu steigern, denen die französischen Sparer seit 1914 vergeblich nachweinen. Sogar der russische Vertreter Rasfalski war von der abscheulichen Käuflichkeit der französischen Presse empört und in einem der jetzt in der „Humanité“ veröffentlichten Briefe an den Finanzminister Kozlowzew schrieb er: „Einzelne Individuen müssen allerdings von Hand zu Hand bezahlt werden. . . Ich hätte nicht geglaubt, daß das Blatt von Dupuy, der „Petit Parisien“, so käuflich wäre. Man lernt jeden Tag jemanden mehr verachten.“

Ein anderer Teil der Veröffentlichungen der „Humanité“ betrifft die Zeit, die mit dem Ausbruch des Weltkrieges unmittelbar zusammenhängt, es kommt ihm daher noch weit größere Aktualität zu. Dieser Teil der ausgrabenen Dokumente handelt von der Periode zwischen 1912 und 1913, in der Poincaré zunächst Ministerpräsident, Johann Prä-

sident der Republik war und in der der russische Bolschewist Iswolski im engsten Einvernehmen mit ihm an der Verwirklichung der imperialistischen Ziele des zaristischen Rußland zusammenarbeitete. Im Herbst 1912, also nach dem Balkankrieg, entstand in der Partei Socialistes-radicaux (Radikal-Sozialisten, so nennt sich in Frankreich die am weitesten links stehende bürgerliche Partei) die Besorgnis, es könnte wegen des Bündnisses mit Rußland, Frankreich unter der Führung Poincarés eines Tages lediglich wegen der russischen Balkaninteressen in einen europäischen Krieg verwickelt werden. Iswolski erkannte die Gefahr, die in dieser Auffassung lag und er drängte bei seiner Regierung, daß ihm ein neuer Bestechungsfonds zur Gewinnung gewisser Zeitungen zur Verfügung gestellt werde. Nach einigen Verhandlungen, an denen auch Poincaré teilnahm, wurde ein Fonds in der Höhe von 300.000 Franken für „etwellige plötzliche Notfälle“ bereitgestellt, von denen schon nach wenigen Wochen ein Drittel für Bestechungen verausgabt wurden, und zwar durch den französischen Finanzminister Kozlowzew über Auftrag des Ministerpräsidenten Poincaré! Der Fonds glitt den Russen immer mehr aus den Händen, so daß sie schließlich nicht einmal mehr die Kontroll-möglichkeit hatten.

Und so geht es fort mit Grazie und Schmiergeldern. Abgesehen von der politischen Pikanterie, die darin liegt, daß der ehrenwerte

Der französische Parteitag

„Wäre unsere Partei nicht in Tours gespalten worden, wir ständen in drei Monaten dort, wo heute die Labour Party steht, und niemand unter uns würde sich nur eine Sekunde zögern, ebenso zu handeln wie sie.“ (Leon Blum auf dem Parteitag in Marseille.)

In den letzten Tagen des Jänner und in den ersten Tagen des Februar hat in Marseille der Parteitag der französischen Sozialdemokratie stattgefunden. Den Jahren der Chmacht der französischen Sozialismus, hervorgerufen durch die Spaltung auf dem Parteitag in Tours, folgen nunmehr Zeiten des Wiedererstarbens des französischen Sozialismus. Während die kommunistische Partei überall gespalten wurde, war die Einheit der französischen Sozialdemokratie auf dem Parteitagrest erfreulich zutage, die Reden der Delegierten waren hoffnungsfroh und gesprächswillig.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung des Parteitages bildet die Stellungnahme zu den Wahlen. Es handelte sich darum, ob die französischen Sozialdemokraten in den Wahlkampf selbstständig eintreten sollen, ob sie ein Wahlbündnis mit den beiden kommunistischen Parteien oder mit dem Block der Linken bilden sollen. Diese Entscheidung hat Bedeutung nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa; es gilt doch, den nationalen Block und seinen Willensvollstrecker Poincaré zu stürzen und damit der europäischen Politik eine neue Wendung zu geben. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in die Wege zu leiten. Ein Wunder, wenn in der französischen Parteipresse darüber wochenlang geschrieben und auf dem Parteitag buchstäblich Tag und Nacht mit ungeheurer Interesse gesprochen wurde.

Um die Entscheidung des französischen Parteitages zu verstehen, muß ganz kurz das Wahlsystem zur französischen Kammer erläutert werden. Das französische Wahlrecht ist ein „hinkendes“ Verhältniswahlrecht. Das Proporzsystem gilt natürlich nur dann, wenn in einem Wahlkreis keine Partei mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Ist dies jedoch der Fall, dann ist die ganze Liste derjenigen Partei gewählt, welche mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Man nennt dies die „Prämie für die absolute Mehrheit“. Mit Hilfe dieses Wahlrechtes hat bei den letzten Wahlen der nationale Block in Frankreich den Sieg errungen und das Wahlrecht zwingt nun die Gegner des nationalen Blocks, sich so zusammenzuschließen, daß der nationale Block in den meisten Wahlkreisen eben nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Vor dieses Problem ist auch die Arbeiterklasse ge-

Serr Poincaré mit Benützung dieses ausländischen Geldes seine eigenen Zwecke förderte und mit Hilfe dieses Rubelschatzes zur Präsidentswürde emporstieg, beweist die Aufdeckung dieses Skandals die Feilheit der bürgerlichen Presse, von der allerdings auch schon vorher festgestellt, daß sie für Geld zu allem zu haben ist.

So geschehen in Frankreich vor dem Kriege, so geschieht es noch heute und in allen Ländern. In Wien hat erst jüngst der Besessungsstand ahnen lassen, wieviele von den Zeitungen aus den Geldskripten der unterschiedlichen Kapitalistengruppen gefüttert werden. Anderswo wartet größere Vorsicht, aber die Methoden für die Dienstbarmachung der bürgerlichen Presse zur Förderung bestimmter Interessen und zur Verleugung der Öffentlichkeit sind die gleichen. Die einzige Presse, die in Frankreich nicht einen Heller solcher Gelder annahm, ist die sozialistische Presse! Ihr fließen auch in allen anderen Ländern keinerlei iröse Quellen zu. Hier liegt das Geheimnis, daß die bürgerliche Presse besser ausgestattet sein kann. Sie zahlt und kann alle Nachrichten und Mitarbeiter ungleich besser zahlen, als die Presse der Arbeiterschaft. Um so mehr muß die Arbeiterschaft den Wert ihrer von kapitalistischen Einflüssen freien, absolut unabhängigen, einzig den Arbeiterinteressen dienenden Presse erkennen und für ihre Verbreitung wirken!

Rußlands Anerkennung.

„Manchester Guardian“: Rußland hat wieder die gebührende Stellung unter den Großmächten.

London, 9. Feber. (M.) Mit Ausnahme der „Times“ und der „Morning Post“, die gegen die Anerkennung Rußlands sind, kommentiert heute die gesamte Presse mit Befriedigung die russische Antwort auf die britische Note betreffend die Anerkennung der Union der Sowjetrepubliken. So schreiben „Daily News“: Die Ernennung Rakowski zum Leiter der Gesandtschaft (Chargé d'affaires) wird es ermöglichen, ohne weitere Zeitverweigerung mit den Arbeiten zu beginnen. Die erste Angelegenheit wird sein, raschestens den Boden für die bevorstehenden Konferenzen vorzubereiten.

„Daily Chronicle“ macht auf den Satz der russischen Note aufmerksam, in dem es heißt, daß die Moskauer Regierung in voller Übereinstimmung mit dem Standpunkte der britischen Regierung der Ansicht ist, daß das gegenseitige Vertrauen und die Nichtinmischung in die inneren Angelegenheiten eine unausweichliche Bedingung für die Festigung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern ist. — Das ist eine vorzügliche Formulierung, bemerkt das Blatt, falls die Russen sich nach ihre richten werden, so wie sie sich in der Vergangenheit konsequent nicht nach ihr gerichtet haben.

„Manchester Guardian“ erklärt, daß die russische Note keine Schwierigkeiten hervorruft,

mit Ausnahme einer unklaren Stelle. Während Macdonald die Autorität der Sowjetregierung über alle jene Teile des ehemaligen russischen Reiches, die seine Autorität anerkennen“ anerkannt hat, legt die russische Antwort voraus, daß die Autorität der Sowjetregierung über das ganze Reich anerkannt wurde, „mit Ausnahme jener Gebiete, die mit Zustimmung der Sowjetregierung von ihm abgetrennt wurden und aus denen unabhängige Staaten gebildet wurden“. „Manchester Guardian“ bemerkt, daß diese beiden Definitionen nicht dasselbe bedeuten müssen und daß es wahrscheinlich nicht ganz leicht sein wird, sie zu identifizieren. Ist in ihnen, fragt das Blatt, v. Georgien einbezogen? Beharren die Russen auf ihren Ansprüchen bezüglich Bessarabien? Trotz alledem, meint das Blatt, wird die Anerkennung der Union der Sowjetrepubliken weitestgehend ermöglicht, daß die Frage der russischen Schulden gegenüber den privaten Gläubigern in Großbritannien in einer besseren Atmosphäre verhandelt werden. Da auch Italien die Sowjetregierung gleichzeitig mit uns anerkannt hat, muß Rußland als ein Staat angesehen werden, dem die gebührende Stellung unter den Großmächten wieder gegeben wurde, denn dem Beispiel Großbritanniens und Italiens werden auch die übrigen europäischen Staaten folgen müssen.

Die Verhandlung über eine im gleichen Streitfall von den deutschen Parteien in Wehr, Ostrau eingebrachte Beschwerde anberaunt. Wir werden über diese Verhandlung seiterseits berichten.

Deutsch-nationalsozialistische Pressekonzeption. Die deutsche nationalsozialistische Presse veröffentlicht einen Aufruf, in welchem mitgeteilt wird, daß ab 1. März die bisher selbstständigen Blätter „Deutsche Arbeiterzeitung“ in Auffig, „Deutscher Volksbote“ in Karlsbad und „Völkischer Wegweiser“ in Komolan nunmehr in „Deutscher Volksbote“ in Dux umgewandelt werden. Zu gleicher Zeit wird berichtet, daß die „Deutsche Volksstimme“ in Dux vollständig eingestellt wird. Die Agenden dieses selbst beleuchteten Heftblattes übernimmt ebenfalls der Duxer „Tag“.

Ausland

Die französischen Sozialisten gegen das Dorthyhistem

Der kürzlich beendete Moskauer Sozialistenkongress nahm in einer einstimmig angenommenen Resolution Stellung zu dem Schandtreiben der ungarischen Reaktion. Die Kundgebung wendet sich auch gegen die ungarische Anleihe und fährt fort: Obwohl der Kongress von dem ursprünglichen Wunsch erfüllt ist, den Frieden in Europa herzustellen, und den wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützt, und obwohl er die wirtschaftliche Hilfe an die notleidenden Nationen grundsätzlich billigt, muß er sich dagegen verwahren, daß die französische Regierung dem heutigen, unter einer brutalen Diktatur stehenden Ungarn irgendwelche finanzielle Hilfe gewährt. Der Kongress ruft den Völkern an, er möge dahin wirken, daß das auf dem Verderbten blutige Regime aufhöre und das allgemeine Wohlbefinden wieder hergestellt werde. In den nächsten Tagen veranfaßt auch die Liga der Menschenrechte eine Kundgebung gegen das Dorthyhistem und wird ebenfalls seine Stimme gegen die an die heutigen ungarischen Machthaber zu gewährende Hilfe erheben.

Nach sechs Jahren.

Die Staatsanwaltschaft hat auf Grundlage der Anzeige eines Franz Sauer in Nikow die strafgerichtliche Untersuchung wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach Paragraph 85 des Strafgesetzbuches gegen Sauer und 2 andere Personen, die an der Niederwerfung der Mariensäule am Hlätzberger Ring am 3. November 1918 beteiligt waren, eingeleitet.

Die tschechischen Agrarier für Venes und gegen Kramat.

In dem wegen der Anerkennung Sowjetrußlands zwischen Venes und Dr. Kramat neu entbrannten Streite ergreifen die tschechischen Agrarier Partei für Venes. In einem Artikel, der geradezu als Polemik gegen die Ausführungen Kramats im Ausschuss gelten kann, sagt „Pentov“: „es sei verwunderlich, wie man sich heute nach der Anerkennung durch England und Italien noch die Frage stellen könne, ob man die Sowjetregierung überhaupt anerkennen solle oder nicht. Frankreich habe zwar bis heute die Sowjetregierung noch nicht anerkannt, doch weile in Rußland eine ganze Reihe französischer, industrieller, wirtschaftlicher und finanzieller Organisationen, die am rechten Orte die französischen Interessen vertreten. Während die englischen Handelskreise offen ausgesprochen hätten, wie wichtig zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit ein Zusammenarbeiten mit Rußland sei, fänden die tschechischen Kreise, ebenso interessiert, kein Wort. Und doch könnten sie den Augenblick normaler Beziehungen zu Rußland nicht mehr erwarten. Kamenski handle es sich um Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Kaukasus. Auch interessiere man sich für eine tschechische Kolonisierung des Kaukasus. Beamten, Förster, Handwerker, Haus- und Gutbesitzer gedächten im Kaukasus eine tschechoslowakische Kolonie zu gründen. Viele die gezwungen seien, nach Amerika auszuwandern, wären glücklich, sich der gesunden Landarbeit im slowischen Rußland widmen zu können. Mit der russischen Regierung müsse allerdings auch die Frage der russischen Emigranten in der Tschechoslowakei gelöst werden. Diesen müsse eine freie Rückkehr und der Schutz gegen eventuelle Persekutionen gesichert werden. Die jetzigen Ereignisse sprächen dafür, daß sich Rußland auf den richtigen Weg wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem übrigen Europa begeben habe. Dieses Faktum habe die Entscheidung in England und Italien herbeigeführt und müsse sie auch in der Tschechoslowakei herbeiführen, bevor es zu spät sei.“

Der selbständige deutsche Ortschulrat für D. m. b. H.

Unlängst brachte der „Bozor“ die Nachricht, das Oberste Verwaltungsgericht in Prag habe bereits entschieden, daß in D. m. b. H. kein selbständiger deutscher Ortschulrat zu errichten sei, sondern bloß ein gemischter Ortschulrat, der der Mehrheit nach tschechisch ist und in dem die Deutschen nur im Verhältnis der bei der letzten Gemeinderatswahl auf sie entfallenden Stimmen vertreten sein sollen. Beigefügt war dieser Nachricht noch die Bemerkung, das Oberste Verwaltungsgericht habe auch ausgesprochen, daß nicht nur kein Rechtsanspruch der Deutschen in D. m. b. H. der Richtung besteht, sondern daß auch keinerlei Billigkeitsgründe für diesen Anspruch vorhanden sind. Von zuständiger Seite wird uns nun mitgeteilt, daß diese Nachricht vollständig aus der Luft gegriffen ist. Die Verhandlung über die Beschwerde der deutschen Parteien in der schwebenden Streitfrage ist überhaupt noch nicht anberaunt und wird in der nächsten Zeit auch noch gar nicht stattfinden können, weil das Ministerium erst kürzlich die von ihm vom Obersten Verwaltungsgericht abverlangten, auf den Rechtsstreit Bezug habenden Administrativakten an das Gericht eingeschendet hat. Ginge es für den 28. d.

Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Parteivorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands beruft auf Grund des Organisationsstatuts den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 30. März 1924, abends 6 Uhr nach Berlin in das Gebäude des preussischen Landtags ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht des Parteivorstandes. 2) Allgemeines. — Berichterstatter: Otto Weis. 3) Organisation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Bartels, R. Ludwig. 4. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter: Fr. Friedr. Bräuhne. 5. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter wird von der Fraktion bestimmt. 6. Das Organisationsstatut. — Berichterstatter: Ad. Lipinski-Weiß. 7. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft. — Referent wird noch bekannt gegeben. 8. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. — Referent: Rudolf Hilferding. 9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ories, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Am Sonntag den 30. März, vormittags 9 Uhr, findet im Landtaggebäude eine Frauenkonferenz statt.

Vorläufige Tagesordnung: Die Frauen und die Wahlen.

Wahltag in Thüringen.

Der Wahlkampf in Thüringen, der heute Sonntag einsehend wird, hat zu einer Verhetzung gegen die sozialistische Regierung geführt, die schwerlich noch überdolen werden kann und die den ganzen maßlosen Haß des reaktionären Bürgeriums gegen jede freiheitlich-sozialistische Politik einleitend offenbart. Am meisten hat sich der entfesselte Haß gegen die thüringische Schulpolitik und die Personalpolitik des Volksbildungsministers Greil. Dabei ist bereits vor einiger Zeit amtlich festgestellt worden, daß die meisten sozialistischen Beamten im thüringischen Bildungswesen noch von Weis demokratischem Vorgänger Reußner angestellt worden sind, während Greil selbst neben einigen Sozialisten auch eine Anzahl bürgerlicher Schulmänner in leitende Stellen berufen hat. Am schlimmsten tobt die Erregung über die angebliche Zerstörung der „christlichen“ Grundlage der Schule. In Wirklichkeit hat die thüringische Regierung nichts anderes als eine konsequente Kulturpolitik im Sinne der Weimarer Verfassung durchgeführt und den Grundstein zu einem einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens gelegt. Die Volksschule wurde durch Herabminderung der Klassenbesetzungsziffern, Befestigung überfüllter Klassen, Förderung der Begabten, Fürsorge für die Schwachbegabten, Modernisierung der Lehrpläne und Lehrbücher, sowie durch Vertiefung und Neuordnung der Lehrerbildung gefördert. Ferner wurde eine Demokratisierung der gesamten Schulverwaltung durch konsequente Durchführung der kollegialen Schulleitung und Befestigung der Bildungsprivilegien erstrebt und damit auch einer langjährigen Forderung

stellt, die sozialistischen Parteien allein werden in der Mehrzahl der Wahlkreise mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen nicht erreichen, sie können dies nur dadurch erzielen, daß sie sich mit den anderen Parteien verbünden. So ist das französische Wahlsystem, welches die sozialistischen Parteien zu einer Politik der Wahlbündnisse zwingt. Gehen sie diese Wahlbündnisse nicht ein, dann besteht die Gefahr, daß Poincaré im kommenden Wahlkampf abermals siegt und die Herstellung eines dauernden Friedens in Europa nochmals auf Jahre hinausgeschoben wird.

Diese Erkenntnis ist in der französischen Sozialdemokratie so stark, daß sich ihr gegenüber nur eine schwache Opposition regte, die in den letzten Tagen auf dem Parteitag fast vollständig versank. Der Beschluß des Parteitages ging dahin, daß ein Wahlbündnis mit dem Blof der Linken nur dort geschlossen wird, wo es notwendig ist, den nationalen Blof zu schlagen, aber daß dieses Bündnis abgeschlossen wird ohne gemeinsames Programm und unter Ablehnung jedweder Regierungskoalition nach dem Sturz Poincarés.

Während in der Frage der Wahlbündnisse fast eine einheitliche Überzeugung in der Partei herrscht, ist dies nicht der Fall in der Frage der Teilnahme von Sozialisten an einer Regierung des Blofs der Linken. Die Majorität des Parteitages unter Führung von Blum hat sich gegen die Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Die Arbeiterklasse in Frankreich ist in mehrere Teile zerfallen und es ist unmöglich, daß ein Teil der Arbeiterklasse in der Regierung vertreten ist und innerhalb dieses Teiles selbst in dieser Frage Unstimmigkeit herrschen.

Die französische Sozialdemokratie hat sich also für die Politik der Wahlbündnisse mit dem Blof der Linken ausgesprochen und der Wahlkampf wird im Zeichen des Kampfes gegen den nationalen Blof, gegen die Politik Poincarés stehen. Durch das Wahlbündnis jedoch, das am Tage nach der Wahl erlischt, das nur dazu dient, den europäischen Störenfried Poincaré zu beseitigen, will die französische Sozialdemokratie auch nicht das Geringste an ihrem Klassencharakter einbüßen. Das hat Léon Blum, der parlamentarische und politische Führer der Partei, klar ausgesprochen:

„Man sagt, es gelte die republikanische Pflicht. Aber es gibt für uns keine republikanische Pflicht: über oder außerhalb der sozialistischen. Wir sind Republikaner, weil wir Sozialisten sind. Aber wir sind nicht bloß, wie man manchmal sagt, die republikanische Vorhut. Wir sind mehr: Wir sind eine Armee für uns selbst — die Klassenarmee des Proletariats!“

So geht die französische Sozialdemokratie einig und gekräftigt in einen Wahlkampf, auf den die Augen ganz Europas gerichtet sind. Gelingt es den französischen Genossen, die jetzige Kammermehrheit in Frankreich zu beseitigen, und damit dem französischen Imperialismus, der die Entwicklung Europas gefährdet, eine Niederlage beizubringen, dann hat sie sich ein Verdienst um die Menschheit erworben, das der revolutionären Vergangenheit des französischen Volkes würdig ist. Eine Regierung in Frankreich, die auf die politische Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist, und eine Regierung in England, deren Träger die Arbeiterpartei ist — das bedeutet eine neue Epoche in der europäischen Politik, eine Zeit, in der die sozialistische Internationale Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte der Völker zu gewinnen sich ansieht.

Die Aulziger Theater-Frage.

Prot. der Stadtvertretung an den Präsidenten der Republ.

Auffig, 9. Feber. Die am Freitag stattgefundene Sitzung der Stadtvertretung von Auffig beschloß nach einem Bericht des Bürgermeisters Dr. Schöppe und nach einer mehr als zweistündigen Debatte gegen die Stimmen der tschechischen Vertreter folgende Resolution.

Die Stadtvertretung von Auffig nimmt den Bericht des Bürgermeisters über den Konflikt mit der politischen Landesverwaltung in Angelegenheit der Konzessionserteilung für das Auffiger Stadttheater zur Kenntnis. Die Stadtvertretung findet es unverständlich, daß eine Verwaltungsbehörde in einer demokratischen Republik von einer Verordnung aus dem Jahre 1850 gegen eine Stadt, welche sich unter außerordentlichen Anspannung bemüht, ein Kulturinstitut zu erhalten, Gebrauch macht. Ein derartiges Vorgehen weckt unwillkürlich die Erinnerung an den Meternichschen Polizeistaat. Nach Ansicht der Stadtvertretung ist die Frage der Befriedigung des Kulturs der Auffiger Theaterbedürfnisse der tschechischen Minderheit im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den böhmisches und tschechischen Bürgern der Stadt Auffig zu lösen. Sie hält es für einen großen Fehler, wenn das nationale Zusammenleben durch behördliches Eingreifen gestört wird. Sie verweist darauf, daß der frühere und derzeitige Stadtrat der tschechischen Minderheit in allen kulturellen Belangen stets entgegengekommen ist und auch in dieser Frage der Ueberlassung des Theaters seinen guten Willen bewiesen hat. Die Gemeindevertretung steht auch heute trotz aller Vorurteile auf demselben Standpunkt und beauftragt den Stadtrat, in diesem Sinne zu wirken.

Inland.

Quo vadis, justitia?

Die organisierte Demunziation. — Die Bistkarte des Erzbischofs. — Der Jude der tschechischen Volkspartei. — Der unbestrafte 300.000 Kronen-defraudant.

Unsere Justiz ist gänzlich im Schlepptau der tschechischen Merikalen Volkspartei geraten, seitdem der Brünner Advokat Dr. Dolanský das Ressort des Justizministers übernommen hat. Im Justizministerium gehen die Parteigenossen Dr. Dolanský aus und ein, intervenieren in verschiedenen Strafsachen und überreichen Beschwerden über Gerichte und Richter. Vor einiger Zeit mußte das Ministerium bekanntgeben, daß in Zivilsachen nicht interveniert werden dürfe. In Strafsachen werden also auch weiterhin die Organisationen der Tschechisch-Merikalen intervenieren können, das heißt, bei der herrschenden Praxis mitentscheiden können.

Geradezu standlos Fälle, die ein übles Licht auf die tschechische Rechtsprechung werfen, veröffentlicht die „Pravdoma“. Sie teilt mit, daß das Ministerium durch Vermittlung der Staatsanwaltschaften die gerichtlichen Akten überverlangt, in sie Einsicht nimmt und den Staatsanwaltschaften dann „Anweisungen“ erteilt. Es geschah, daß durch einen Zufall vom Ministerium ein Strafakt rückgefördert wurde, in dem irrtümlicherweise die Visitation des Erbischofs Stojan vergessen wurde; es geschah weiter, daß Akten den Vermerk „Abgeordneteintervention“ trugen. Es ereignete sich ferner in Prag, daß gegen einen Juden ein Strafverfahren wegen Preisverbreiher eingeleitet war, daß sich dieser Jude rufen ließ und zur Volkspartei übertrat, welche für alles weitere „sorgte“. . . . Bei einem Gericht verurteilte ein Konzeptionsrat Waisen- und amtliche Gelder; diese Defraudation erreichte die Höhe von 300.000 Kronen. Es wurde gegen ihn die Strafuntersuchung eingeleitet und er wurde inhaftiert. Mägllich aber ordnete das Ministerium die Einstellung des Verfahrens an und erklärte ihn für geisteskrank! (Er hat also als Geisteskranker zwei Jahre lang Gelder veruntreut!) Es kam aber noch anders! Der Defraudant wurde auf Staatskosten aus dienstlichen Gründen zu einem anderen Gericht verführt! Allerdings ist der Defraudant Vizevorsitzender einer Lokalorganisation der tschechisch-merikalen Volkspartei. Bemerkenswert sei auch noch, daß die Merikalen Organisationen in der letzten Zeit Postkarten erhielten, mit vorgedrucktem Text wecks Strafausgleich wegen Ueberletzung des Paragraph 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik!

Gleichzeitig mit der Korruption aller anderen Verwaltungszweige schreitet also auch die Korruption und Merikalisation der Justiz vorwärts!

Die Stadtvertretung protestiert daher auf das Schärfste gegen diese geradezu vorwärtliche Behandlung der Stadt in einer kulturellen Frage und beantragt den Stadtrat, diesen Protest dem Herrn Präsidenten der Republik zur Kenntnis zu bringen, damit er über die Unterstützung der Bevölkerung sowie über den Geist der Verwaltung informiert wird.

Der Stand der Verhandlungen in der Auffiger Konzessionsverweigerung ist heute der, daß provisorisch bis zum 29. Feber die Bewilligung zum Spielen erteilt wurde unter der Bedingung, daß bis zum 20. Feber das Einvernehmen mit der tschechischen Minderheit zustandekommt, so daß dann die Konzessionsbewilligung weiter erteilt wird. Es besteht nun die Aussicht, daß das Einverständnis tatsächlich erzielt wird.

des Deutschen Lehrervereines Gönner geleistet. Das aber sind gerade die Momente, gegen die die Reaktion aller Parteilagerungen Sturm läuft.

Gegen die Sozialdemokratie hat das gesamte Bürgertum, von den Demokraten bis zu den am rechten Flügel stehenden Parteien, einen "Ordnungsblock" geschlossen, als dessen oberster Schutzpatron und eifrigster Wohltäter der von uns wiederholt gekennzeichnete reaktionäre Landesmilitärbefehlshaber den Sieg der antisozialistischen Einheitsfront vorbereiten hilft.

Vollstimmigkeit über die Verlängerung der Arbeitszeit in der Schweiz.

Am 17. Februar soll die Volksabstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit stattfinden. Zur Jahre 1917 konnte die schweizerische Arbeiterschaft, die ein jedes Stück Arbeitszeitverkürzung in jähren Jahrzehntelangen Kämpfen erringen mußte, die Forderung nach dem Achtstundentag durchsetzen. Er wurde gesetzlich festgelegt und trat am 1. Jänner 1920 in Kraft, als Folge des allgemeinen Stimmungswechsels nach dem Kriege. Immerhin hat dieses Gesetz bereits Ausnahmen gestattet. Neben einer Anzahl Ausnahmen für besondere Zwecke bestimmte das Arbeitszeitgesetz von 1920, daß für einzelne Industrien, wenn durch die Anwendung des Achtstundentages die Konkurrenzfähigkeit im Hinblick auf die in anderen Ländern bestehende Arbeitsdauer in Frage gestellt wäre, eine mögliche Arbeitsdauer von höchstens 52 Stunden vom Bundesrat zugegeben werden kann. Von dieser Ausnahme wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Wenn auch die Wirtschaftskrise langsam überwunden, der deutsche Exportatorkonkurrenz durch Einfuhrverbote die Spitze genommen wurde, die Arbeitszeitverlängerung auf 52 Stunden wurde immer gewährt, so oft die Unternehmer sich dafür einsetzten. Dies genügt aber nicht. Die reaktionäre Welle machte vor der Schweiz nicht halt. Die Ausnahmen reichten nicht aus und die Bundesversammlung nahm im Juli 1922 die Vorlage des Bundesrates an, der zufolge die Arbeitszeit in Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise wöchentlich auf 54 Stunden ausgedehnt werden kann und wenn und solange "wichtige Gründe" es rechtfertigen, auch ohne eine scharfe Wirtschaftskrise. Zunächst also weitere Verlängerung von 52 auf 54 Stunden, dann aber eine Formel, die die Ausnahme zur Regel, die 54-Stunden-Woche zur dauernden Einrichtung machen würde. "Wichtige Gründe" kann der Bundesrat wohl jederzeit annehmen, und die Wirtschaftskrise ist ebenfalls ein dehnbarer Begriff, der noch den bisherigen Erfahrungen immer den Unternehmervünschen entsprechend ausgelegt werden wird. Dieses Gesetz ist aber noch nicht ins Leben getreten. Dank der schweizerischen Verfassung kann ein Bundesgesetz durch Volksabstimmung (Referendum) aufgehoben werden. Die Arbeiterschaft griff zum Referendum-begleichen. Ueber 203.000 Unterschriften wurden für die Volksabstimmung erzielt. Der 17. Februar, an dem die Volksabstimmung stattfinden soll, wird eine wichtige Rolle in der Geschichte des Kampfes um den Achtstundentag haben. Gerade jetzt, wo die Reaktion überall gegen den Achtstundentag Sturm läuft, wird die Stellungnahme des Schweizer Volkes von großer Bedeutung sein. Die Zeichen sprechen dafür, daß die Arbeitszeitverlängerung durch das Volk nicht gutgeheißen, daß das Gesetz von 1922 abgelehnt werden wird.

Telegramme.

Umwandlung des militärischen Belagerungszustandes in einen zivilen?

Berlin, 9. Febr. (Eigenbericht.) Der Reichswehrminister Seecker erklärte in Thüringen in einer Wahlversammlung, daß der militärische Ausnahmezustand nur noch für die Zeit des Thüringer Wahlkampfes ausreicht erhalten bleibe und nach seiner Beendigung wahrscheinlich aufgehoben werden könne. Dazu erfährt man in Berlin aus Regierungskreisen, daß man mit der Umwandlung des militärischen Belagerungszustandes in einen zivilen rechnet, wobei die jetzigen Funktionen der Militärbefehlshaber und Generale auf zivile Kommissare des Reiches übergeben würden. Allerdings ist mit einer Aufhebung des Verbotes der deutschvölkischen und der kommunistischen Partei nach den Absichten der Regierung nicht zu rechnen. Im übrigen wird sich zweifellos der Reichstag, der am 19. Febr. zusammentritt, mit dem Ausnahmezustand eingehend beschäftigen.

Börsenmanöver der Markbäuers.

Berlin, 8. Febr. (Wolff.) In später Nachtstunde ist hier aus New-York die Meldung eingegangen, daß an der New-Yorker Börse das Gerücht umgeht, General Dawes haben den Vorsitz der ersten Sachverständigenkommission niedergelegt. Das Wolff-Büro ist von dem Bruder des Generals, Herrn Robert Dawes, auf eine telefonische Anfrage zu der Erklärung ermächtigt worden, daß an den Gerüchten kein wahres Wort ist.

Ablehnung des jählichen Volksbegehres

Berlin, 9. Febr. (Eigenbericht.) Die sächsische Regierung hat erneut das Volksbegehre des Landesauschusses der vereinigten sozialdemokratischen Partei auf Auflösung des sächsischen Landtages abgelehnt. In der Begründung heißt es, daß der Landesauschuss den Bestimmungen des Gesetzes insofern nicht genügt hat, als bei den 1700 Unterschriften die mittlere Bestätigung dafür fehlt, daß es wirklich die Unterschriften von Landtagswählern seien.

Keine Begnadigung Fehrenbachs!

Berlin, 9. Febr. (Eigenbericht.) Im Sommer vorigen Jahres hatte der bayrische Gesandte von Preger anlässlich der Reichstagsdebatte über den Fall Fehrenbach erklärt, daß die bayrische Regierung ein Gutachten des bayerischen Oberlandesgerichtes einfordern werde. Wie man aus München erfährt, ist dieses Gutachten jetzt eingetroffen und hat sich gegen eine Begnadigung Fehrenbachs ausgesprochen. Es ist aber anzunehmen, daß der Fall Fehrenbach durch diese ablehnende Entscheidung des Gerichtes nicht erledigt ist.

Änderung des Reichswahlgesetzes.

Berlin, 9. Febr. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf über die Änderung des Reichswahlgesetzes eingebracht. Dieser Gesetzentwurf wird auf dem gewöhnlichen Wege dem Reichsrat und dem Reichstage zugehen. Der Entwurf behält das Prinzip der Verhältniswahl bei, zerlegt aber das ganze Reich in 156 kleine Wahlkreise, die je zwei Abgeordnete zu wählen haben. Die Gesamtziffer der Abgeordneten wird auf 399 beschränkt, und die Verteilungsziffer von 60.000 auf 75.000 erhöht. Die Reichswahlkreise zum Ausgleich überschüssiger Stimmen wird beibehalten, eine Reihe von kleineren Wahlkreisen wird in der Regel zu einem Wahlkreisverband zusammengeschlossen. Da fast alle Parteien mit

ihren Wahlvorbereitungen und vor allen Dingen mit der Kandidatenaufstellung schon begonnen haben, so ist in den Parteien des Landtages keine große Neigung dazu vorhanden, eine solche Wahlreform jetzt vor den Reichstagswahlen noch einzuführen. Das Schicksal der Vorlage ist noch vollkommen unbestimmt. Die Sozialdemokratie wird einer solchen keinen prinzipiellen Widerstand entgegensetzen, wenn das Prinzip der Verhältniswahl beibehalten wird.

Spaltung in der Zentrumsparlei.

Berlin, 9. Febr. Der "Vorwärts" meldet aus Bochum, daß sich in der Zentrumsparlei in Rheinland und Westfalen Spaltungstendenzen bemerkbar machen. Der am weitesten linksstehende Arbeiterflügel des Zentrums sei dazu übergegangen, wegen der Haltung der zentrumsparleilichen Arbeitgeber in der Frage der Beseitigung des Achtstundentages sich öffentlich von der Mutterparlei loszulösen. Die neue Partei heiße "Christlichsozialer Volksgemeinschaft". In vielen Orten seien Zentrumsabteilerunde und auch Abgeordnete der Reichstags zu der neuen Partei übergetreten. In Dresden erscheine schon eine Tageszeitung der neuen Richtung, die bei den kommenden Wahlen eigene Kandidaten aufstellen werde.

Der italienisch-russische Vertrag.

Rom, 9. Febr. Der italienisch-russische Vertrag enthält 80 Artikel des Handelsvertrages und die Vereinbarung betreffend die Errichtung und Jungierung der Konsulate. Die Verträge ergeben sich aus der formalen Anerkennung der Union der allrussischen Sowjetrepubliken.

Die wichtigste Klausel handelt über die Lieferungen russischen Weizens nach Italien. Für ein bestimmtes Prozent ihres Preises wird Rußland italienische Industrieprodukte abkaufen. Rußland wird für Italien die Kolonialrechte erblich verbleiben und Italien erhält Petroleum- und Kohlenkonzessionen. Der italienischen Flotte ist für eine bestimmte Zeit der Küstenverkehr in den Schwarzen Meer-Ääfen gegen reziproke Konzessionen für die russische Flotte garantiert. Die von der russischen Regierung verlangten, bisher nicht definierten Fragen werden entsprechend der Weisheitsanweisungsausschuss gelöst werden. Italien errichtet eine Gesandtschaft in Moskau und Rußland eine Gesandtschaft in Rom. Die Presse betont, daß Mussolini die Sowjets früher anerkannt hat als England, indem er am 31. Jänner in der Schlußkonferenz mit Nordansky erklärte, daß am selben Tage Italien Rußland de jure anerkenne.

Nur keine Abriistung!

Washington, 9. Febr. Im Weißen Hause verteidigt man jeglichen Kommentar bezüglich des auf eine neue Abrüstungskonferenz abzielenden Vorschlages Macdonalds.

Englands Bedrohung durch Frankreichs Luftflotte.

Berlin, 9. Febr. Wie die Blätter aus London berichten, erklärte der Luftschiffahrtsminister General Thomson Pressevertretern über die Zukunft der englischen Luftflotte, daß er nur seine persönliche Meinung ausdrücke. Die Regierung habe sich noch nicht damit befaßt, nach seiner Ansicht sei aber die Verteidigung in der Luft wahrscheinlich die lebenswichtigste Verteidigungssart unserer Zeit. Die einzige wirkliche Bedrohung sei die aus der Luft und dies müsse jeder Engländer zugeden. Er beabsichtige, aus militärischen und zivilen Gründen die Luft-

schiffahrt soweit als möglich zu entwickeln und die Handels-Luftschiffahrt zu ermutigen. Er sagt sein Amt als eines der größten der Welt auf. Auf die Frage, ob die Regierung eine Vergrößerung der englischen Luftflotte beabsichtige, verweigerte Thomson die Antwort.

Clones optimistisch.

London, 9. Febr. Clones wies in einer Rede in Manchester darauf hin, daß wohl eine Arbeiterregierung bestehe, jedoch kein Arbeiterparlament. Er sagte, vollere und wirklichere internationale Beziehungen müßten geschaffen werden, um die Wiederherstellung der normalen Verhältnisse im Handel zu beschleunigen. Es scheinen Anzeichen eines besseren Einvernehmens mit Frankreich vorhanden zu sein.

General Körner.

Wien, 9. Febr. (N. N.) Wie die "Arbeiter-Zeitung" meldet, hat Abgeordneter Smilka dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten den Vorschlag gemacht, seine Funktion als Stellvertreter des Parlamentskommissärs im Ministerium für Heerwesen niederzulegen, damit der Verband mit dieser Funktion des gestern zum Bundesrat gewählten General Körner betrauen könne. Sobald der Verband diesen Vorschlag genehmigt haben wird, wird General Körner dem Parlamentskommissär Dr. Deutsch als sein Stellvertreter beigestellt werden.

Denisenturie.

Die tschechische Krone notiert in:
New York 100 Ac Dollar 2.91'25
Paris 100 Schweiz. Frank 16.70.00
Berlin 1 Mark 122.600.000.000'00
Wien 1 Österr. Kronen 2.06.004

Tages-Neuigkeiten.

„Die große Sensation“ . . . !

Die „Prager Abendzeitung“, ein auch sonst gemütsrohes, nur nach Sensationen gieriges Blatt, veröffentlichte gestern folgende Meldung, die wir zum Zeichen von unfer Zeiten Schande wörtlich wiedergeben wollen.

Eine neue Hinrichtungsmethode in Amerika.

London, 9. Febr. Die große Sensation der heutigen Londoner Morgenpresse ist das Experiment des Staates Nevada, Mörder in einer Gaslampe durch Einführung von Cyanwasserstoffgas hinzurichten. Nachdem vor einigen Tagen anscheinend ein Experiment an einer Katze so unbefriedigend verlaufen war, daß vier Gefängniswärter ihr Ant niederlegten, weil sie an der Einrichtung eines Weisjens nicht mitwirken wollten, wurde trotzdem gestern ein Hinrichtungs Akt in der Gaslampe hingehichtet. Der Delinquent wurde gefesselt auf ein Bett gelegt und die Kammer hermetisch geschlossen. Drei Wärter brachten gleichzeitig im Nebenzimmer auf drei Säbne, von denen einer mit einer Gasflasche in einem dritten Raum verbunden war. Auf diese Art und Weise, so behauptet die Gefängnisverwaltung, ist den Wärttern das Bewußtsein genommen, wer von ihnen das Urteil vollzogen hat. Nach kurzer Zeit war der Delinquent tot. Leichte Zudungen wurden noch einige

Der Ruz der Wilsons.

Von Jack London. 6

Dave war Hand- oder Schlittenhand. Vor ihm zog Bud, dann kam Sol-leks. Die übrigen Hunde waren an einzelnen Strängen anher nach vorn gegen den Leishand gespannt. Dieser Leishand war Spitz.
Bud war absichtlich zwischen Dave und Sol-leks gestellt worden, damit er von ihnen Velehrung annehmen sollte. Er war ein jählicher Schüler, und seine beiden Gefährten waren schädliche Lehret. Sie erlaubten ihm nie, laaa in Krümmern zu verweilen, und brachten ihm ihre Lehren mit Hilfe ihrer scharfen Zähne bei. Dave war ehlich und sehr klug. Er kniff Bud nie ohne Grund, aber er verläumte auch nie, es zu tun, wenn es ihm notwendig erschien. Wenn die Peitsche des Trainers Bud anfuhrte, fand dieser es für richtiger, seine Schritte zu beschleunigen als zu tröhen. Als er sich einmal bei einem kurzen Aufenthalt in den Strängen verwickelte und dadurch das Ansehen aufhieb, stürzten Dave und Sol-leks sich auf ihn und verdrängten ihm eine heße Tracht. Die entstandene Verwirrung war groß, aber Bud bemühte sich eifrig, späterhin den rechten Weg einzuhalten. Und bevor der Tag zu Ende ging, hatte er die Arbeit so gut gelernt, daß seine Gefährten aufhören, ihn zu nöckeln. Die Peitsche von Aronoids trat immer seltener in Tätigkeit, und Bud wurde von Perrault dadurch befohlen, daß dieser ihm die Röhre aufhob und langsam unterleuchte.
Es war ein schweres Tagewerk auf den Canon, durch Cheep Comp und weiter über Gletscher und herabsteigende Schneewehen, und dem großen Chil-coot Divide, der die Grenze zwischen dem Salz- und Süßwasser bildet und trohien den härteren und einjamen Norden bewacht. Sie kamen rasch vor-

wärts an der Reihe von Seen vorbei, die die Krater von erloschenen Vulkanen anfüllten, und spät abends erreichten sie das große Lager am Lake Bennet, wo Tausende von Goldhütern damit beschäftigt waren, Boote gegen den Eisgang im kommenden Frühjahr zu bauen. Bud grub sich in Schnee ein und ließ die den Schlaf des Gerechten, und an anderen Worten ging es nur wieder viel zu früh heraus in die kalte Dunkelheit und mit keinen Gefährten ins Geleir.
An diesem Tage leaten sie vierzig Meilen jurid, denn der Schnee war auf der Bahn festgetreten. Am nächsten und den folgenden Tagen mußten sie jedoch die Bahn selbst brechen, hatten härtere Arbeit und kamen weniger schnell vorwärts. Gewöhnlich ging Perrault vor dem Gepann her und trat den Schnee mit den Schiefen fest, um es den Hunden leichter zu machen. Aronoids, der den Schlitten an der Lenstange führte, wechselte bisweilen mit Perrault ab, aber nicht oft. Perrault eiste und er brüllte sich mit seiner Kenntnis des Eises, eine Reminis, die notwendig war, denn das Eis war sehr dünn, und da, wo fließendes Wasser war, gab es überhaupt feins.
Tag für Tag leistete Bud die schwere Arbeit in den Strängen. Es war jedesmal Nacht, wenn sie ins Lager kamen, und das erste Morgen-grauen sah sie schon wieder bei der Arbeit. Und jedesmal kamen sie erst nachts zum Lager, verkehrten ihren Rißch und trocken zum Schlaf in den Schnee. Bud hatte guten Appetit. Die anderthalb Pfund Lachs, der an der Sonne getrocknet war und seine Tagesration ausmachte, schien ihm herzlich wenig. Er wurde nie satt und litt fortgesetzt Hunger. Die anderen Hunde, die leichter waren als er, bekamen nur ein Pfund Rißch, blieben dabei aber in guter Verfassung. Bud verlor bald den Stolz, der sein früheres Leben charakterisiert hatte. Er war ein vornehmer Esfer, und er entdeckte bald, daß seine Gefährten ihre Nation rasch

verschlang und ihm dann von der Leinigen wegnahmen. Dagegen gab es kein Verteidigungsmittel. Während er mit zwei oder drei frist, war der Rest seines Rißches schon im Schlaf der anderen verschwinden. Um dies zu verhindern, fraß er fünfzigmal eben so schnell wie sie. So sehr ihn auch der Hunger quälte, er nahm nie von dem, was nicht sein war. Aber er paßte auf und lernte. Als er einmal sah, wie Rite, einer von den neuen Hunden und ein gewandter Simulant und Dieb, von Perrault heimlich eine Scheibe Schinken stahl, verdoppelte er am nächsten Tag die Tat und nahm das ganze Stück. Da gab es große Anfequama, aber er blieb unbefangen, während Dub, ein ungeschickter Dummkopf, der sich immer erwischt sah, anstatt Bud bestraft wurde.
Dieser erste Diebstahl stellte Bud das Zeugnis aus, daß er die Fähigkeit besaß, in dem unwillkürlichen Nordland sein Leben durchzuhalten. Er kennzeichnete seine Anpassungsfähigkeit und seine Fähigkeit, sich auch bei wechselnden Verhältnissen auf sich selbst zu verlassen; er hätte sonst schnell und elend zugrunde gehen müssen. Er bezeichnete ferner den Jersal oder den gänzlischen Zusammenbruch seiner moralischen Natur, ein leeres Nichts und ein Hemmnis in dem unarmherzigen Kampf ums Dasein. Im warmen Süden, unter dem Gesetz von Liebe und Gemeinschaft, war es gut und schön, das Privatigentum und die persönlichen Gefühle zu achten, aber hier oben im Norden, wo das Gesetz von Hieb und Biß herrschte, war der ein Rarr, der solches auch nur in Betracht zog, und wofern es es auch wirklich beachtete, ging er unweierlich zugrunde.
Nicht, als ob Bud das alles reiflich durchdachte. Er füllte sich ein — das war alles — unbewußt paßte er sich der neuen Lebensweise an. Nie im Leben war er einem Kampf ausgewichen, einerlei, wie auch die Chancen waren. Aber der Prügel des Mannes im roten Swoater hatte ein primitiveres Gesetz in ihn hineingebläut, Rivil-

tiert hätte er sterben können für eine moralische Überzeugung, aber die Vollkommenheit seiner Entzivilisation war jetzt durch die Fähigkeit erwiesen, seiner moralischen Überzeugung zu entgehen, um so jene Dant zu reiten. Er stahl nicht aus Arunde am Stehlen, sondern er stahl, weil sein Magen ihm vor Hunger weh tat. Er stahl nicht offen, sondern heimlich und geschickt, aus Achtung von Hieb und Biß. Kurzum, was er tat, geschah deshalb, weil es angenehmer war, es zu tun, als es zu unterlassen.
Seine Entwidlung — oder sein Rückgang — ging rapid. Seine Muskeln wurden hart wie Stahl, und er wurde Inorra zum allgeweinigen Kummer. Er erwarb sowohl eine innere wie äußere Sparsamkeit. Er konnte alles essen, einerlei wie eckhaft und unverbautlich es war, und einmal verzehrt, zog er keine Magenkräfte das letzte Teilchen Nährkraft aus dem Genossenen, und sein Blut brachte es in die entferntesten Teile seines Körpers und verwandelte es in das härteste und kräftigste Gewebe. Sein Gesicht und seine Bitterung wurden auffallend scharf, und sein Gehör bekam eine solche Feinheit, daß er im Schlafe das entfernteste Geräusch hörte und laoslich wahrte. Ob es Frieden oder Geleir ankündigte. Er lernte, das Eis, das sich zwischen seinen Fehen festsetzt hatte, mit den Zähnen herauszuholen; und wenn er durstig war, und das Eis über dem Wasserloch dick zugefroren war, brach er es auf und stieß es mit den Füßen fort. Sein auffallendster Sinn war, den Wind zu wittern und ihn für die Nacht vorauszuhehen. So windstille es auch war, wenn er abends sein Lager neben einem Baum oder einem Damm grub, in der Nacht erhob sich ein Wind und fand ihn unweierlich lewärtis liegen, wohl gedeckt und geboren.
(Fortsetzung folgt.)

Minuten durch das Fenster beobachtet, die von einem Arzt als Muskelreflex bezeichnet werden.

Wenn's wahr ist, ist's entsetzlich. Statt Abschaffung der Todesstrafe — neue, raffinierte verbrecherische Methoden des geschlichen Mordes unter Ausnutzung der im Kriege hochgekommenen Giftgasfabrikation! Und diese Schande für die ganze Menschheit wird von dem Prager Abendensationswisch mit breitem Behagen auf der ersten Seite als das Ereignis des Tages abgedruckt. Wir wissen nicht, was der mit Gas gemordete „chinesische Kuli“ verbrochen hat. Aber wir kennen Kulis einer Gesellschaftsordnung, deren abfälligen Inzandien als bezahlte Stimmungsmacher dienen. Ihre Verbrechen wird die Nachwelt sühnen.

Pa. Kuli.

Eintönige Arbeit, sinnlos, die nicht Schaffen, nicht Wert, nicht Aufbau ist, erfüllt meine Seele und drückt sie nieder . . .

Was schiert mich, wieviel Millionen Herr Karl Schädlich auf seinem Konto hat? Was geht mich an, ob im Depot von Simon Schust u. Co. 90 Ruxe oder 1000 Vorzugs-Aktien Wert 10. oder 11. ds. ruhen?

o schmählich Wert, an jedem Tage hundert solcher Wische zu schreiben, die dem Herrn Empfänger ein schleimiges Schmutzeln um die Lippen gaubern . . .

o alles Wert, da ich doch weiß, daß tausend meiner Brüder fast verhungern, in Lumpen gehen, dumpfen Geist der Herde hegen, zum Menschsein keine Möglichkeiten finden! — Wann kommt die Zeit, da Umgestaltung diesem Wirken Sinn gibt? Die Zeit, in der Profit und sein Begriff verweist? Die Zeit, da das Bedürfnis, frei, veredelt, der Wirtschaft tausend laufende Funktionen wie Sonnenstrahlen, wie des Baches Lauf, wie Aehrenwogen heiter spielen läßt? Da nicht mehr der Gewinn, nicht Spekulation, Devisen, nicht Zinsen, Vorzugs-Aktien, Renten, und nicht die Börse mehr der Wirtschaft erhabene Kreise verwirren, die wie ein Regenbogen freies Volk umspannen müßten, doch jetzt uns — gleichend Spinnennetz! — verstricken! — Paul Christof.

Ein frommer Kindererzieher ist, wie uns aus Franzenthal gemeldet wird, der Herr Pfarrer Maschke aus Vesce. Dieser geistliche Vater scheint eine ganz besondere Eignung zu besitzen, wie man Kinder „erzieht“. Nicht selten kommt es vor, daß er die Kinder schlägt! Diejenigen Kinder, welche sich nur das Geringste zuschulden kommen lassen, müssen mit gehobenen Händen oft bis eine ganze Stunde vor ihre Mitschüler stellen. Damit diese Kinder ganz vorchriftsmäßig und ausgestreckt die Hände halten, kontrolliert der Herr Pfarrer diese qualvolle Prozedur genau. Wehe dem Kinde, das die Finger nicht gerade hält, resp. nicht mehr halten kann. Gegebenenfalls ergreift dieser fromme aber gefühllose Herr die Hand eines solchen Kindes und drückt

mit Gewalt die Finger nach rückwärts. Man kann sich es sehr leicht vorstellen, welche Schmerzen dies bei den Kindern verursacht. Ob dem robusten Menschen gerade gut zu Mute war, als er zwei schriftliche Meinungen von Eltern erhalten hatte, deren Kinder er in dieser Art und Weise quälte, wissen wir nicht. Man konnte erfahren, daß sich der Herr Pfarrer für die Schreiber dieser Zuschriften sehr interessierte. Auch erklärte er den Kindern, daß er ja gewichte Finger habe und sie froh sein könnten, wenn sie von denselben erfährt würden! Noch etwas sonderbares. Es ist vorgekommen, daß er Jungen entkleidet, und zwar derartig, daß er Kleidungsstücke von Mädchen die Jungen anziehen läßt und zur Strafe muß sich dieser maskierte Junge dann in die Reihen der Mädchen setzen. Die Schulbehörden werden gut tun, dem sonderbaren Treiben des Pfarrers Maschke rasch ein Ende zu machen, sonst gibt's einen heillosen Skandal.

Wegen eines Stückchens Kuchen zwölf Wochen Kerker. Drei Jugendliche aus Köberwitz (Schlesien) gingen am 15. Jänner abends heim und kamen an einem Hause vorüber, in dem eine Hochzeit gefeiert wurde. Da sie Hunger hatten, gingen sie hinein und baten um ein Stück Kuchen. Es wurde ihnen aber nichts gegeben, da angeblich nichts mehr vorhanden war. Einer von den drei Burschen glaubte das nicht und kroch in den Keller, aus dem er für sich und seine Kollegen Kuchen, Wurst und Butter im Werte von fünfzig Kronen herausholte. Für diesen Diebstahl wurden alle drei vom Troppauer Strafgericht zu drei, vier und fünf Wochen Kerkers verurteilt.

Der Einzelne und der Alkohol. Emil Adershausen schreibt in der „Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus“ folgendes: „Jeder Einzelne, der im Kampfe gegen den Alkoholismus in allen seinen Abarten steht, ist wohl zu seiner gesamten Einstellung durch die praktische Erfahrung gekommen. Man kann den Standpunkt einnehmen, daß es dem einzelnen vollkommen gleichgültig sein kann, was andere tun und lassen. Man kann seine Augen gegenüber den ganz außerordentlichen Schäden des Alkoholismus verschließen. Man kann aber auch der Auffassung sein, daß jede Schädigung der Mitmenschen das Niveau des gesamten Volkes herabdrückt. Es ist nicht möglich, Teile des Volkes zugrunde gehen zu lassen, ohne daß mehr oder weniger sichtbar alle übrigen Glieder des Volkes in Mitleidenschaft gezogen werden. Es sei nur, um etwas Leichtverständliches anzuführen, an den hohen Anteil des Alkohols an der Heroverbringung von Geisteskrankheiten und ferner von Verbrechen erinnert. Welche ungeheure Summe muß der Staat ausgeben, um die Opfer des Alkoholismus zu verjagen! Diese Summen könnten zweckmäßiger für die Besserstellung von gesunden Individuen verwendet werden.“

Warenausnahme des Flugverkehrs. Der Flugverkehr von Prag nach Straßburg—Paris, Warschau, Wien—Budapest—Belgrad—Bukarest wird am 15. Feber 1924 wieder eröffnet. In der ersten Zeit wird dieser Verkehr auf drei Tage in der Woche beschränkt, und zwar: Abflug von Prag nach Straßburg—Paris, Warschau, Wien—Budapest—Belgrad—Bukarest jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag; Anflug aus allen diesen Richtungen dagegen Montag, Mittwoch und Freitag. (Die Transporttarifverträge sind in tschechoslowakischen Kronen festgesetzt und betragen für Personenkarten von Prag nach Straßburg 950 K., nach Paris 1330 K., nach Warschau 380 K., nach Wien 380 K., nach Budapest 600 K., nach Belgrad 855 K., nach Bukarest 1235 K. In diesen Preisen ist der Transportpreis von 15 Kilogramm Reisegerät inbegriffen. Die Tarife für Warensendungen bis zum Gewichte von 50 Kilogramm sind per ein Kilogramm Gewicht von Prag nach Straßburg 7.10 K., nach Paris 9.10 K., nach Warschau 2.85 K., nach Wien 3.80 K., nach Budapest

1.75 K., nach Belgrad 6.20 K., nach Bukarest 10 K. Bei Sendungen über 50 Kilogramm gelten folgende Tarife: nach Straßburg 6.45 K., nach Paris 8.25 K., nach Warschau 2.55 K., nach Wien 3.40 K., nach Budapest 4.25 K., nach Belgrad 5.70 K., nach Bukarest 9 K. Mit dem 15. Feber wird die Französisch-rumänische Flugverkehrsgesellschaft 650 den Personen- und Warenverkehr eröffnen, jedoch noch nicht die Briefbeförderung. Der Zeitpunkt des Flugverkehrs wird durch das Ministerium der Post und Telegraphen in Prag rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die gestrige Fortsetzung des Romans wurde durch ein Versehen der Druckerei mit dem Vermerk versehen: „Schluß folgt.“ Es hätte richtig heißen sollen: „Fortsetzung folgt.“ Der Roman, mit dessen Abdruck wir erst vor einigen Tagen begannen, ist keineswegs zu Ende.

Brand in einem Prager Gasthause. In dem Gasthause S p i r e t in der Fibernergasse in Prag II fing Freitag nachts die Zimmerdecke Feuer. Es wurde die städtische Feuerwehr berufen, die bei den Lösungsarbeiten feststellte, daß ein Balken der Zimmerdecke in der Nähe des Kamins in Brand geriet, der auf das Schif übergriff und sich rasch verbreitete. In den oberhalb des Restaurants gelegenen Konzerten der Kohlenfirma Sad mußten die Parkettfußböden aufgerissen und durchbrochen werden. Der Restaurantbesitzer erlitt einen großen Schaden, der durch Versicherung nicht gedeckt ist. Die beim Ausbruch des Brandes im Lokale befindlichen Gäste gingen, ohne die Zede bezahlt zu haben, durch. Bei der schnellen Fahrt der Feuerwehr auf den Brandplatz sich eine Automobilspritze in der Zeitungsasse mit dem Motorwagen Nr. 399 der Strecke Nr. 1 zusammen. Beide Wagen wurden beschädigt.

Neue Lawinentatsachen in den Alpen. Aus dem Eisgammur sind Meldungen über neuerliche Lawinentürme eingelangt. In Vorderberg ging eine Lawine nieder und rief von dem im nördlichsten Teile des Marktes an der Prebischlerfrage gelegenen Gebäuden des Elektrizitätswerkes die Hälfte weg. Sieben Personen sind unter den Trümmern begraben. Die Schneemassen waren ungenügend, das Maschinenhaus ist verschüttet. — Das Jagdhause im Nordteile von Schlading wurde von großen Lawinenmassen verschüttet, drei Personen sind tot. — Aus Eifersberg liegen Meldungen vor, daß seit Montag der wegen Schneeverwehungen unterbrochene Zugverkehr auf der Erzgebirgsbahn nicht aufgenommen werden kann. Zwei Lokomotiven mußten auf der Strecke stehen gelassen werden. Die Verkehrseinstellung dürfte längere Zeit dauern. Wegen der Schneemassen mußte der Erzabbau und die Erzförderung eingestellt werden. — Auch von der Wackeralm in Tirolmarkt ging eine Lawine nieder und verschüttete zwei Forstarbeiter. Die Bergungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Einer wurde gerettet und verlegt in das Werksspital nach Dieflau gebracht. Der zweite wird noch gesucht. Eine Kompanie der Wehrmacht ist aus Steyr in Dieflau eingetroffen. — Auch Gaisern hat ein großes Unglück zu verzeichnen. Im Weihenbachtal, das im Forstwirtschaftsbezirk Gaisern liegt, waren am Mittwoch acht Forstarbeiter beschäftigt, Holz zu fällen. Bei dieser Arbeit erreichte sie das Schicksal. Unter fürchterlichem Gepolter ging eine Lawine von großem Umfang zu Tal und begrub alle acht Forstarbeiter im Schnee. Bis Freitag ist noch keiner geborgen. Verschiedene Umstände brachten es mit sich, daß das Unglück erst am Donnerstag entdeckt wurde. Es ist also zu befürchten, daß alle acht Arbeiter vom Tode ereilt wurden.

Der bezagte christlichsoziale Stadtrat. Nach dem Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hat

sich in der letzten Sitzung des Wiener Stadtrates eine peinliche Szene abgespielt. In dem Bericht heißt es: Stadtrat Siegel beantragt, daß auf dem Quarinplatz in Favoriten eine Wohnhausanlage errichtet werden soll, und ersucht den Kostenaufwand von fünfzehn Milliarden Kronen zu genehmigen. Es kommt dann Biber (Chr.-soz.) zum Wort. Er ist augenscheinlich betäubt. Er spricht ganz abgehakt, lallt Wort für Wort: „Es — handelt — sich — um — einen — Bauplatz — der — an — der — südöstlichen — Peripherie — erbaut — werden — soll . . .“ Wie der Bürgermeister bemerkt, daß Herr Biber zu viel getrunken haben muß, erklärt er, um der peinlichen Szene ein Ende zu bereiten und der Galerie den traurigen Anblick zu ersparen: Mir scheint, der Herr Gemeinderat Biber ist schon ziemlich ermüdet. Wenn er es wünscht, werde ich diesen Gegenstand von der Tagesordnung absetzen, um ihm Gelegenheit zu bieten, in der nächsten Sitzung seine Ausführungen vorzubringen. Biber lallt: Ich bitte darum, Herr Bürgermeister, die Sitzung zu unterbrechen. Bürgermeister: Ich trage diesem Wünsche Rechnung und schließt die Sitzung.

Völkische Rache. Der „Völkische Kurier“, Vaterländische Tageszeitung, schreibt in seiner zweiten Nummer zu der (inspizierten) Meldung, daß die Erzberger-Wörter verhaftet sein sollen, wortwörtlich folgendes:

„Man wird die Demokraten- und die Internatipresse der ganzen Welt jubeln, daß in „schonliche Mord“ an Erzberger keine Sühne finden kann. Aber davon wird sie nicht schreiben, was wir diesem Menschen alles zu verdanken haben. Nichts davon, daß er eine Blankovollmacht für die Auslieferung Deutschlands an die Entente unterzeichnet, nichts davon, daß er die Annahme des „Friedens“ von Versailles erzwang, nichts davon, daß er auch später an unserer Vernichtung (!) (siehe seine Steuerpolitik) weiterarbeitete, bis er in einer Wolke von Unrat verschwinden mußte. Verdient hat er den Tod tausendfach und Schatz und Tilsen führten nur aus, was Millionen als heimliche Gedanken in der Brust bargen. Spricht man das aus, so bedeutet das noch lange keine Billigung des politischen Mordes.“

An Gesinnungslosigkeit kann diese völkische Gesellschaft wirklich von niemand übertroufen werden.

Eine außerordentliche Professur für Luftfahrwesen ist an der Technischen Hochschule in Charlottenburg eingerichtet worden. Sie wird ausgeübt von Dr. Ing. Wilhelm Hoff, dem Leiter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof. Auch die Einrichtungen der Anstalt in Adlershof sollen dem deutschen Unterrichte zugänglich gemacht werden.

Stinnes errichtet für seine Presse einen eigenen Rundfunk. Der Berliner „Vorwärts“ berichtet, die Schwerindustrie bereite einen großen politischen Schlag vor. Die Stinnesche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und der „Hugenbergsche „Volkswagen“ haben beim Reichspostministerium den Antrag eingereicht, daß ihnen die Konzession auf Vermittlung ihres Nachrichtenmaterial an ihre Abonnenten durch einen eigenen Rundfunk erteilt wird. Die Erlaubnis für eine eigene Sendestation und die Konzession soll ihnen durch den Einfluß des stark rechtsgerichteten Predow gewährt werden.

Das internationale Opiumabkommen in der Schweiz genehmigt. Der Schweizer Bundesrat genehmigte den Beschlüßentwurf und die Postchaft betreffend die Genehmigung des internationalen Opium-Abkommens vom

Winter im Erzgebirge.

Winterezeit! Wie verschieden sind doch die Gefühle, die dieses Wort bei den Erdenskindern auslöst. Der Arbeitslose denkt fröstelnd an seine kalte Kammer und an endlose bittere Nächte. Der Bauarbeiter sieht sich entweder arbeitslos oder mit blangefrorenen Fingern im Freien hantierend, dem Landstreicher fällt ein, daß er sein gewohntes Obdach, den Strohhüber neben der Landstraße, mit der Herbergshütte oder gar mit dem Polizeiarrest wird vertauschen müssen. Und andere Leute gibt's wieder, denen das Wort Winter keinen Schrecken einflößt, für die der Einbruch der kalten Jahreszeit nicht vermehrtes Leid, sondern erhöhte Lust bedeutet. Die denken an schneebedeckte Gebirgslandschaften von veränderter Schönheit, fühlen sich auf stinken Rodesschlitten zu Tal laufen oder auf geschmeidigen Schneeschuhen über verschneite Hänge gleiten. So gibt es Menschen, die die rauhe Winterezeit verwünschen und die ihr Ende voll Ungeduld erflehen; andere hingegen preisen sie als Spenderin reinsten Genusses und wünschen nur, daß sie recht lange andauern möge.

In erster Linie macht der Winter den Reichen Freude. Nicht nur weil er in sein meist eintöniges Genießerdasein erwünschte Abwechslung bringt, sondern auch darum, weil der Reiche die Mittel hat, sich gegen Frost, Schnee und Hunger zu wappnen. Weil er der kalten Zeit nur ihre angenehmen Seiten abgewinnen kann. Anders der Prolet. Er weiß, daß der Winter seine Lebensbedürfnisse Kleidung, Nahrung und Wohnung, für deren Befriedigung ach so unzulänglich geforgt ist, erheblich steigert, weiß, daß im Winter die Gefahr arbeitslos zu werden, größer ist, weiß, daß der Hunger doppelt weh tut, wenn er im Bunde mit der Kälte den Menschen anfaßt.

Doch wie überall die Mauern der Klassen-

vorteile der Besitzenden im Zerbröckeln sind, so auch auf diesem Gebiete. Die Freunde an Winter ist nicht mehr Privileg einiger Ausgewählter, sie beginnt allmählich Gemeingut aller zu werden. Der Genuß der Winterefreuden lockt immer mehr die Schaar der Arbeitsmenschen an. Die Reichen werden sich andere Unterhaltung suchen müssen, wenn sie wieder unter sich sein wollen.

Zum Beweis dieser Feststellungen ist es nicht notwendig, das Leben und Treiben auf den großen Wintersportplätzen zu schildern; vielleicht würde das sogar irreführen. Dazu bedarf es nur einiger Spaziergänge in der Umgebung unserer nordwestböhmischen Industrieorte, wo die Hänge des Erzgebirges ausmünden. Steigt man z. B. auf einer der Strahlen bergan, die von Komotau in das Erzgebirge hinaufführen, so stößt man auf ein vergnügtes Menschengewimmel. Da rodeln nicht nur die liebe Schulsjugend mit Eifer und Hingebung, auch berufste Lehrlinge beteiligen sich an dem Vergnügen, dabei oft selbstkonstruierte Schlitten oder selbstherfundene Lenkvorrichtungen ausprobierend. Arbeiter in der Werkhufe, Eisenbahner im Dienstmantel kuschleren fürsorglich ihre Sprößlinge an gefährlichen Kurven und Schleudersteinen vorbei. Auch der edle Skisport wird nicht vernachlässigt. Irgegendwo neben der Straße zwischen Gebüsch und Steinlöchern gibt es so etwas wie eine provisorische Sprungschanze. Und die dort ihre Hals- und Beinbrecherischen Künste üben, sind nicht lauter Begnadete, die ein Paar wirkliche „Bretteln“ ihr eigen nennen. Da trifft man Proletariereuben, die sich auf die künftige Meisterschaft vorbereiten, indem sie zwei Fahrenretter mit Blech oder Leder an den Füßen befestigt haben und damit waghalsig heruntersollen. Wohl den Proletariereuben und Proletariereubens, die in ihrer Jugend auf diese Weise den Zusammenhang mit der unsterb-

lichen Schönheit der Natur finden, einen Zusammenhang, den in späteren Jahren keine Wirtschaft mehr zerschneiden kann. Mögen ihre Mütter und Väter klug genug sein, diese Freude an der Natur und am Wintersport nicht wegen einiger Paar nasser Strümpfe und zerfissener Hosen herauszuprägeln.

Der ziemlich weit verbreitete Glaube, daß man sich im Winter außerhalb der Stadtmauern nur im Besitze von Schnee- oder Eischuhen oder eines Rodesschlittens ergehen könne, stimmt nicht ganz. Das einfache Wandern auf Schusters Rappen hat auch im Winter seinen Reiz, soweit man sich nicht in unwirtliche Gefilde verirrt. Sind wir da jüngst von Gorkau aus in das vielbesuchte Tölschtal hinausgezogen, um zu sehen, ob es im weißen Schneefleisch etwas von seinem Liebreiz eingebüßt habe. Doch so wenig ein schönes Mädchen im weißen Kleide mit grünen Myrtenzweigen im Haar mißfällt, so wenig verlieren die herrlichen Erzgebirgsstädter in den Winterlagen ihre Schönheit. Es scheint nur, als ob das Grün der Fichten tiefer und gesättigter leuchte und als ob die Geheimnisse des Waldes in einer anderen Sprache zu uns sprächen. Nach einer erfrischenden Frühwanderung taucht U r i s s e n auf, ein typisches Erzgebirgsdorf, das herrlich zwischen den Waldbergen eingebettet liegt. Hier wird kurze Rast gemacht, die ein hübsches Erlebnis würt. In der Wirtshütte, allwo wir einen kleinen Imbiß einnehmen, grüßen naturredste Landschaftsbilder und schön gelungene Porträts von den Bänden, wie sie sonst nicht in Gasthäusern anzutreffen sind. Das Rätsel dieses Wanderschnudes ist bald gelöst: Der Sohn des Hauses ist der Schöpfer, dessen künstlerisches Streben durch Krieg und Kriegsfolgen stark beeinträchtigt wurde. Seine Bilder aber vertreten eine starke Begabung und zielbewußte

Gestaltungskraft. Freilich mußte auch der junge Maler — Zimmermann ist sein Name — erfahren, wie schwer es ist, sich durchzusetzen überhaupt, wenn man in einem abgesperrten Volksteil lebt, dem jedes gemeinsame Kulturleben und Kunstempfinden fehlt, der ebendies kein geistiges und kulturelles Zentrum besitzt. Hoffentlich gelingt es dem werdenden Künstler, sich durch dieses dornige Gezüpp von Hindernissen aus dem kleinen Erzgebirgsdorf heraus den Weg zu Erfolg und Anerkennung zu bahnen.

Heimwärts geht es, talab von Göttersdorf gegen Rotenhaus und Gölzau hinein. Zur Linken zeigt sich das reiche Brüder Braunlohterrevier, dessen rauchende Schächte und Halden verkünden, daß nimmerwäuder Bergmannsbleich am Werke ist, der Erde ihre fruchtbringenden Schätze zu entreißen. In grader Richtung dehnen sich von Schnee und wallendem Nebel umhüllt die fruchtbaren Fluren des Saager Landes in behaglichem Winterschlaf. Weiter unten beginnt dann ob Rotenhaus die bekannte Rodesschneebahn, die trotz des vorübergehenden Tauwetters eine lebhafteste Frequenz aufweist. Auf dem Bahnhof empfängt uns gastiges Regenwetter, das die lange Wartezeit draußen vor den Geleisen nicht angenehmer macht. Trotz alledem ist das dem Zug entgegenhaltende Menschengewimmel guter Dinge. Denn der wahre Naturfreund läßt sich die frohe Ausflugsstimmung nicht durch ein bißchen Nässe in den Schuhen verderben. Unabhängig von allen Wetterlaunen freut er sich der schönen Eindrücke, die ihm ein Tag im Erzgebirge vermittelt hat. Auf der Heimfahrt denkt er dann drüber nach, wie herrlich es in diesem mit Schönheiten und Naturschätzen so reich gesegneten Lande zu leben wäre, wenn sich der Bewohner schon aus nationaler Unterwürdigkeit und kapitalistischer Arbeitsfron befreit hätte. W. J.

23. Jänner 1912. Die 'Volschaft' stellt fest, daß die schweizerische Bevölkerung verhältnismäßig wenig unter der Morybium- und Kofain-Sucht leide. Immerhin weisen gewisse Tatsachen darauf hin, daß unser Land vorzüglich handelt, wenn es sich gegen die Gefahr rechtzeitig vorzieht. Besonders aber wird die Eidgenossenschaft einen Akt menschlicher Solidarität erfüllen, wenn sie im Rahmen ihrer Kräfte bei den Bemühungen anderer Staaten zur Bekämpfung einer täglich wachsenden Gefahr mitwirkt.

„Erwachende Ungarn“ als Verleumder. Der ungarische Kultus- und Unterrichtsminister Graf Klebelsberg hatte gegen Direktionsmitglieder des Vereins der „Erwachenden Ungarn“ wegen eines vor zwei Jahren veröffentlichten Plakates, in welchem seine damalige Tätigkeit als Minister des Innern abfällig kritisiert wurde, einen Verleumdungsprozeß eingeleitet. Der Strafgerichtshof verurteilte gestern nach mehrstündiger Verhandlung das Urteil, wozu auch der Katedet Tschanyi und der Journalist Lukacsobich zu drei Monaten Gefängnis und 100.000 Kronen Geldstrafe, der Privatbeamte Madel und der Ministerialrechnungsbeamte Brincz zu je 14 Tagen Gefängnis und 60.000 Kronen Geldstrafe verurteilt wurden. Ministerialsekretär Dr. Ferkely wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Eine französische Hochverratsaffäre. Die Pariser Polizei verhaftete einige Personen wegen Diebstahls von Dokumenten aus Verträgen, welche dem Schutze des Staates dienen. Der „Gaulois“ erfährt, daß es sich um Flugzeugfabriken handelt, und daß neue Motorenbetreiber Dokumente entwendet wurden. — Zur Verhaftung von der Spionage verdächtigen Personen erfährt der „Matin“, daß im ganzen vier Personen verhaftet wurden, nämlich ein junger französischer Ingenieur namens Chivet, weiters seine Maitresse, eine Russe namens Kurz, und schließlich ein Fabrikmeister, gleichfalls ein Russe. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Es handelt sich um kopierte und fotografierte Zeichnungen eines neuen Lichts Typs des Breguet-Motors. Der Vorfall hat sich wahrscheinlich in den Renaud-Werken ereignet.

Lenin zum ewigen Mitglied der Moskauer Sowjets erklärt. Freitag fand eine Frauenversammlung der Moskauer Sowjet zur Erinnerung an Lenin statt. Komarow erarbeitete in Vertretung des Präsidenten des Sowjet der Volkskommissare Rykow einen allgemeinen Bericht. Hierauf sprachen die Galin Lenins, Uznarowski und Alara Jettin. Der Moskauer Sowjet proklamierte sodann den verstorbenen Lenin als Delegierten des arbeitenden Volkes Moskaus für immerwährende Zeiten als Mitglied des Moskauer Sowjet. In allen Verfassungen, Betrieben, Schulen, sowie familiären amtlichen und anderen öffentlichen Gebäuden werden Tafeln mit Zitaten aus Lenins Schriften und Reden angebracht werden.

Im Leuchtturm gefangen. Die Wächter des Leuchtturms von Longshibo in der Nähe von Landend hatten infolge des schlechten Wetters monatelang nicht mit dem Land verkehren können. Erst seit einigen Tagen ist die Verbindung wieder hergestellt. Einer der Wächter war bereits seit Oktober in dem Leuchtturm und zwei Mechaniker, die Arbeiten im Innern des Leuchtturms vornehmen sollten, konnten seit Anfang November nicht von dort weg.

Eine Stadt durch Grundbeben bedroht. Die 26.000 Einwohner zählende Stadt Tipton ist, wie aus London gemeldet wird, von einer eigenartigen Katastrophe bedroht. In einem der längst vergessenen Kohlenstädte, auf denen die Stadt teilweise errichtet worden ist, brach aus unbekannter Ursache Feuer aus, das sich rasch verbreitete und sich zuerst durch Erhitzung des Bodens in einer der Hauptstraßen der Stadt bemerkbar machte. Die Behörden ließen sofort die Gasleitung unterbrechen, um einer Explosion zuvorzukommen. Die Hitze steigerte sich rasch derart, daß in etwa 20 Häusern Vorsichtsmaßnahmen ergreifen werden mußten; drei Häuser sind bereits unbewohnbar geworden. Nach dem Urteil Sachverständiger wird das Stadtzentrum in kurzer Zeit in Mitleidenschaft gezogen werden wenn es nicht gelingt, den Brand einzudämmen. Doch ist man sich über die zu ergreifenden Maßnahmen nicht einig, so daß die Bevölkerung weiterhin in dem Gefühl leben kann auf einem aktiven Vulkan zu hausen.

Ein fürchterliches Unwetter in Pretoria. Ein fürchterliches Unwetter hat Pretoria (Afrika) nach fürchterlicher Hitze am 24. und 25. Dezember plötzlich überzogen. Ungefähr eine halbe Stunde lang fiel ein Hagel, wie er nie erlebt worden ist. Die Städte waren bis zu einem englischen Pfund schwer die kleinsten Städte waren so groß wie Tennishalle. Die Stadt sah aus wie noch einem Schrapnell-Bombardement. kaum ein Dachziegel blieb ganz. Am besten haben die Wälder überdauert dem Unwetter widerstand. Auch viel deutsches Eigentum und deutscher Besitz sind zerstört worden.

Eine Aino-Spielerin ermordet. Der „Chicago Tribune“ zufolge wurde in New York die bekannte Aino-Spielerin Luita Dawson in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. Das Zimmer war vollständig ausgeraubt.

Schließung belgischer Festungen. Wie aus Brüssel gemeldet wird, beschloß das belgische Kabinett, die Forts der Festungen Antwerpen, Lüttich und Namur schließen zu lassen.

Die deutsche Aufsicht im Dienste des Kapitals. Eine Zivilkammer des Landesgerichtes Berlin hat in einem Prozesse gegen die Führer einer Beamtenorganisation entschieden, daß der Vorstand der Gewerkschaft für die wirtschaftlichen Schäden, die aus dem Eisenbahnerstreik erwachsen sind, haftbar ist, und erklärte einen besonderen Erbschaftsprüfung

gegen die Streikführer für berechtigt. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß den Beamten durch die Verfassung nur die Vereinsfreiheit, nicht aber das Streikrecht garantiert sei.

Wetterüberblick vom 9. Feber. In der Nacht sanken die Temperaturen auch in Böhmen unter dem Einflusse der nördlichen Anströmung tief unter den Gefrierpunkt. Eger meldet ein Minimum von -16 Grad Celsius, Budweis von -13 Grad Celsius, Raasd von -11 Grad Celsius und Prag von -7 Grad Celsius. Der Streifen böheren Rudes, der sich von Skandinavien nach Süden zieht, verlagert sich langsam nach Osten. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Halbheiter ohne wesentliche Niederschläge, während der Tagesstunden stärkere Erwärmung.

An alle Eltern!

Du darfst dein Kind nicht schlagen! Kennst du nicht mit der alten Ausrede: „Es hat mir nicht geschadet; noch heute denke ich.“ (das ist so die normale Entschuldigung für jene verübten Missetaten, die „ihm“ auf den rechten Weg gebracht hat). Wir wissen es niemals aus eigener Erfahrung (können es auch nicht wissen), wie wie jene Prügel unserer Kinder empfangen haben, welchen Eindruck die Prügel auf uns gemacht haben. Wir sehen alle diese Dinge mit den Augen des Erwachsenen.

Schlagen ist Feigheit! Wir schlagen nur solange (selbstverständlich, um unser Kind zu erziehen), als es nicht zurückzuschlagen kann, solange ein entsprechender Kräfteunterschied vorhanden ist. Oder schlägst du deinen Nachbarn, um ihn zu erziehen? Können unsere Kinder so groß und stark auf unsere Welt, wie ihre Väter sind — die Väter würden sich hüten, sie zu schlagen. Das hat mit der „kann erwachsen Vermutlich der Kinder“ ganz und gar nichts zu tun. Wenn Kinder ohne jede Vernunft nur Muskeln eines Schlossers hätten, dann würden die Eltern und Lehrer schon neue Erziehungsmethoden erfinden und betätigen. Aber leider... Selbst wenn die Kinder körperlich stark genug sind, werden sie vielleicht noch Schläge unerwidert empfangen. Sie sind ja wirtschaftlich abhängig. Und genau solange bis der Bub den ersten Wochenlohn, bis das Mädchen die erste selbstverdiente Mark in der Hand hat, genau solange lassen sie sich von den Eltern (wenn die sie erhalten) „erziehen“, auch durch „Prügel“. Die fagenhafte elterliche Autorität wird immer wieder diese wirtschaftliche Brutalität zu bedenken versuchen (das 4. Gebot!) — „Du hebst die Hand auf gegen Deine Eltern!“ — Sagen wir das nicht schon dem dreijährigen Knirps, der göttliche Gebote und wirtschaftliche Verhältnisse nicht ohnend, zurückschlägt, wenn er einen „Alaps“ erhält?

Die Erwachsenen schlagen aus Bequemlichkeit. Es geht so schnell, wenn auch nicht schmerzlos. „Es ist ja zu seinem Besten.“ Es fragt sich nur, zu wessen Besten. „Man kann nicht in einersort reden.“ Man kann aber schon, wenn man will. Reden ist sogar einfacher, als schlagen. Denn schlagen nützt rein gar nichts. Schlagen hat mit Erziehung wirklich nichts zu tun. Es „zieht“ nicht her, es „stößt“ weg. Nicht einmal einen Hund kannst du „herprägen“, immer nur „wegprügeln“. Den Geist eines Kindes kannst du noch weniger „daherein“ prägen.

Der „schlagende Erzieher“ (die Zusammenfassung Schlagen — Erziehen — ist ein fadlicher Unsinn) wirkt nur in seiner Anwesenheit und nur so lange das Kind an die „Allwissenheit“ des Erziehers glaubt. Dieser Glaube schwindet mit zunehmender Erfahrung über die künftige Unwissenheit aller Erzieher fabelhaft nach. Und dann wird der „schlagende Erzieher“, besser „Aufseher“, nur mehr davor, daß er die Kinder zwingt, ihre „Missetaten“ geschickter zu verbergen. So habe ich es seinerzeit mit viel Geschick geübt. Wie gern berichten wir von jenen Missetaten unserer Jugend! Ob das die Kinder von heute wohl auch noch können?

Willst Du nun aufhören zu schlagen? Rindst Du nicht auch, daß Schlagen gemein, fog und dumm ist? Ja? Dann mache Folgendes, aber das soll kein Späß sein:

Verprieß Deinen Kindern, daß Du sie nicht mehr schlagen wirst! Du zögerst? Hast Du nicht den Mut dazu? Dann wirst Du sie übermorgen wieder prägen! Natürlich zu ihrem Besten. Glaubst Du nicht auch? Also lieber doch mit den Kindern reden! Bei der nächst besten Gelegenheit, morgen, übermorgen. Auf keinen Fall über eine Woche hinausziehen! Bei der nächsten Gelegenheit, wenn der Bub erwartet, Prügel zu bekommen, gibst Du sie ihm nicht und zweitens versprichst Du ihm, Du werdest ihn überhaupt nicht mehr schlagen. (Der wird Augen machen!) „Weißt, Franzl, nicht einmal einen Hund darf man schlagen. Das war nicht recht von mir. Ich werde Dich nie mehr schlagen. Da, meine Hand.“

Nichts, ja nichts von dem Buben dafür verlangen, seid nicht so dumm! Das könnte nur ein „Pädagoge“ verlangen. Wenn der Bub euch kein Vertrauen schenkt, habt ihr alles, was ein Mensch überhaupt geben kann Vertrauen einzuhandeln, selbst um Vertrauen zu bitten, ist aufgelegter Unsinn.

Wer wird's versuchen? Ich bitte um Nachricht aber erst nach einem Versuch von mindestens einem halben Jahre. Ich freue mich und bedanke mich für eure Kinder. — Wer's nicht tun will, muß nochmal von vorne lesen. Niemand darf auslachen.

Wien — Tagloß Schönbrunn. A. Jatschky.

Volkswirtschaft.
Die soziale Fürsorge für das Landproletariat.

Aus Landarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die soziale Frage lösen die Gegner der Arbeiter am liebsten durch private Wohltätigkeit. Die Herren Unternehmer wollen so ihren Götinnen die Möglichkeit geben, Gnaden zu erweisen. Sie glauben auf diese Weise der Frage, wie hat die Gesellschaft, der Staat, das Problem der sozialen Fürsorge zu lösen, entbunden zu sein. Den Arbeitern, die ihnen ihren Reichtum geschaffen, wollen sie Gnaden erweisen, um sich dafür belohnen zu lassen. Die Zeit, wo nur durch private Wohltätigkeit das soziale Problem gelöst wurde, ist vorbei. Die Arbeiterchaft hat das Recht, vom Staate zu fordern, daß er auch ihre Schutze und Hilfe gewährt. Daß dies im Staat der Bourgeoisie nicht so einfach zu erlangen ist, hat das Proletariat kennen gelernt. Die kapitalistische Klasse gibt nur soviel an sozialen Schutzmaßnahmen ab, als ihr abgerollt werden kann. Die derzeit bestehenden sozialpolitischen Gesetze hat sich die Arbeiterchaft erst im harten Kampfe errungen. Die arbeitende Landbevölkerung ist in der Sozialpolitik schon von jeher überaus tiefmütterlich behandelt worden. Es wurde immer so verfahren, als ob es auf dem Lande eine soziale Frage nicht gäbe. Die Agrarier haben ihren überaus großen Einfluß aufgebieten, um die Ausdehnung der Sozialgesetzgebung auf die Land- und Forstwirtschaft zu verhindern.

Erst der Umwälzung der Verhältnisse im Jahre 1918 hat auch für das Landvolk einige Verbesserungen gebracht. Aber noch immer ist es auch im jetzigen State so, daß der Einfluß der Agrarier ein ziemlich großer ist. Die Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Krankenversicherung ist erfolgt. Dies ging nicht mehr zu verhindern. Damit sich die Agrarier Geld ersparen, haben sie jedoch die Arbeiter in niedrigere Klassen als es ihren tatsächlichen Verdiensten entspricht, eingemeldet. Aber nicht nur das, die Agrarier trachten auch eine Zersplitterung der Krankenversicherung zu erreichen. Sie forderten eigene landwirtschaftliche Krankenkassen, um auf diese Weise die Arbeiter unter ihre Fuchtel zu bekommen. Es ist ihrem Verlangen auch Rechnung getragen worden. Daß dies aber nicht zum Vorteil der Versicherten war, ist ja allgemein bekannt. Erst in der letzten Zeit hat der Gewerband Nahr-Schönberg des Bundes der Landwirte gezeigt, wie sie die Krankenversicherung aufzulösen. (Wir haben darüber ausführlich berichtet, D. Red.) Die Arbeiter sollen nach ihrer Ansicht nicht als krank anerkannt werden. Nach der Meinung dieser Landwirte ist wahrscheinlich der Arbeiter erst dann krank, wenn er mit dem Kopf unter dem Arm vor den Arzt tritt. Die Krankenversicherung, die für den Arbeiter eine Wohltat sein soll, wird von den Unternehmern einfach ins Gegenteil verandelt.

Von einer Unfallversicherung für die Land- und Forstarbeiter ist ebenfalls nichts zu hören. Wiederholt schon haben wir die Unfallversicherung gefordert, aber noch immer ist diesem gewiß berechtigten Wunsche nicht Rechnung getragen worden. Daß die Unfallversicherung eine Notwendigkeit ist, wird wohl auch das Fürsorgeministerium nicht bestreiten.

Auch auf die Frage der Arbeitslosenunterstützung sei noch besonders verwiesen. Hier hat man ohne viel Geschick zu machen, die Land- und Forstarbeiter von der Wohltat dieses Gesetzes einfach kurzerhand ausgeschlossen. Daß dies ein besonderes Unrecht ist, dürfte jedem klar sein. Selbst der Fürsorgeminister hat dies schon zugeben müssen, aber bis heute ist eine Änderung in dieser Angelegenheit noch nicht erfolgt. Die Herren, die die Ausschaltung der Land- und Forstarbeiter von der Arbeitslosenunterstützung dekretiert haben, scheinen ja vom Leben dieser Leute aber auch nicht die geringste Ahnung zu besitzen. Weil der eine oder der andere ein Haus oder ein Stückchen Feld hat, sagt man, daß sie in ihrem Lebensunterhalt nicht gefährdet seien. Dieses Bestehen ernährt aber nicht die Familie, sondern liefert meist nur das Futter für die Bioge oder die Kuh, wenn eine da ist. Besonders gut wäre es, wenn jene Pächter, die wegen dieses Bestehens die Arbeitslosenunterstützung diesen Arbeitern verweigern, einmal den Versuch machen würden, von diesem „Beste“ zu leben. Oder sollen die Landproletarier von Heu und Reisig oder von der guten Luft leben? Denn darüber, wovon diese Menschen bei ihrer Arbeitslosigkeit leben sollen, hat sich die Regierung noch nicht den Kopf zerbrochen. Es ist aber höchste Zeit, diese Frage endlich gerecht zu lösen.

Die Ritter von der grünen Flagge fluntern den Arbeitern auch immer vor, daß sie soziales Empfinden haben und um das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter besorgt sind. Die Arbeiter erkennen aber schon, was diese Risse im Schafspelze damit bezwecken wollen. Ihre Bemühungen, die Arbeiter zu fördern, sind überflüssig. Die Ablehnung der Sozialversicherung durch die Agrarier zeigt deutlich ihre Arbeiterfeindschaft. Auch die Arbeitslosenunterstützung ist ihnen nicht recht, weil dadurch, wie der Agrarier Durchnicht einmal sagte, die Arbeitslosen geschützt wird. Kurz, unsere Agrarier sind gegen jeden Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete. Sie sind eben der Ansicht, daß die Arbeiter vom Staate nichts zu fordern haben. Dafür, so meinen sie, haben sie das Privileg, alles vom Staate zu verlangen, was geeignet erscheint, ihren Profit zu erhöhen.

Wir haben nur einige für die Land- und Forstarbeiter jetzt besonders wichtige sozialpolitische Fragen hervorgehoben. Die Organisation dieser Arbeiter wird alles daransetzen, daß die

wichtigsten Fragen, sobald als möglich bereinigt werden. Die weitere Öffentlichkeit sieht darauf, schon, daß es dieser Schritte von Arbeitern nicht besonders gut geht. Es ist eben nicht so schön am Lande, wie es die Agrarier immer darstellt. Es ist auch Pflicht der übrigen Arbeiterschaft, dem Landproletariat in seinem Kampfe um sozialpolitische Verbesserungen ihre Unterstützung zu gewähren.

Zur Lohnbewegung im nordböhmischem Baugewerbe. Am 8. Feber wurden die Verhandlungen fortgeführt. Obwohl wiederum in einer Anzahl Bestimmungen die noch bestehenden Differenzen abgemildert, teilweise auch bereinigt werden konnten, ist es zum Vertragsabschluss nicht gekommen. Die Unternehmern beharren auf einem Lohnabbau. Sofern die Bauarbeiter ihren starren Standpunkt nicht aufgeben, dürfte vertragloser Zustand eintreten. Ob die Bauarbeiter dann einseitig die Lohnberabteilung diktiert werden, bleibt noch abzuwarten. Bezüglich für die Verhandlung war, daß diesmal neben den Sekretären des nordböhmischem Arbeitgeberbundes von der Arbeitgeberhauptstelle Dr. Reichsmayer teilnahm. Er wurde auch vom Vorsitzenden Baumeister Scheinplung besonders begrüßt. Dadurch sollte den Arbeitervertretern wohl vordemonstriert werden, daß Industrie- und Bauarbeit auch bei dieser Lohnbewegung gemeinsame Sache machen. Diese Demonstration hätten sich die Herren Baumeister ersparen können, Dr. Reichsmayer impetiert die nordböhmischem Bauarbeitern nicht. Als neuer Verhandlungstag wurde den Unternehmern der 23. Feber vorgeschlagen.

Die amerikanische Hochkonjunktur 1923. „The Guaranty Survey“ bringt in ihrer letzten Nummer einen ausführlichen Bericht über das Hochkonjunkturjahr 1923. Es wird festgestellt, daß die Konjunktur entgegen manchen Befürchtungen auch 1924 noch andauert und voraussichtlich weiter andauern wird. An erster Stelle ist hierfür die erhöhte Bautätigkeit verantwortlich. Ungefähr drei Milliarden Dollar wurden zu Baumzwecken verwendet, ein Viertel mehr als 1922. Der größte Teil der Bauten war aber geschäftlichen Zwecken gewidmet — mehr als die Hälfte — und insofern auch Wohnungen gebaut wurden, waren es meist Villen und herrschaftliche Gebäude. Es besteht für die Bautätigkeit noch ein Bedarf an Werte von acht Milliarden Dollar, wovon zwei Drittel auf notwendige Wohnungen entfallen. Die Mietzinsen sind erheblich gesunken, sie stehen 64 Prozent über dem Vorkriegsstand. — Die Automobilherzeugung erreichte die Rekordhöhe von drei Millionen Automobilen im Jahr, 50 Prozent mehr als die bereits enorme Produktion des Jahres 1922. Von diesen sind kaum 3 Prozent (126.132) exportiert worden — die übrigen wurden im Ausland verkauft. Im „Survey“ wird diese riesige Steigerung der Produktion unter anderem der erhöhten Kaufkraft der Arbeiter, die neben den Farmern Abnehmer für die Automobile sind, zugeschrieben. — Die Eisenbahnen haben den größten Verlierer ihrer Existenz abgewidelt. Ihre Bestellungen an die Industrie betragen über eine Milliarde Dollar. Die Rohstoffeherzeugung hat, obwohl seit Mai die jährliche Produktion beständig abnimmt, die Produktionsziffern des Jahres 1922 um 56 Prozent übertraffen und wird einen neuen Rekord beibringen. Die Leistungsfähigkeit der Stahlindustrie ist gegenwärtig um 50 Prozent höher als vor dem Krieg; sie wurde in der ersten Hälfte des Jahres voll ausgenutzt. — Die Lage der Farmer hat sich insofern gebessert, als die Preise — bei einer ziemlich guten Ernte — sich um ungefähr 15 Prozent erhöht haben.

Warnung für Auswanderungslustige. Veranlaßt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands mit seiner großen Arbeitslosigkeit, sind in den letzten Monaten zahlreiche deutsche Arbeiter, vor allem Qualitätsarbeiter, ausgewandert. Eines der Ziele dieser Auswanderung war vor allem auch Spanien, das die deutsche Arbeitskraft zu schätzen weiß und dessen angeblich hohen Löhne den deutschen Arbeitssuchenden locken. Um ein Bild über die Lebenshaltungskosten und die in Spanien gezahlten Löhne zu bekommen, hat sich der Verband der Maschinen- und Feiler Deutschlands an das internationale Arbeitsamt gewandt, dessen Berliner Vertretung nunmehr auch eine Antwort erteilt hat. Daraus ist zu ersehen, daß der Index für die Lebenshaltung, verglichen mit der Vorkriegszeit, zwar auch in Spanien von seinem höchsten Stand im Sommer 1920 mit 202,6 für Madrid und 220 für die Provinzen seitdem gesunken ist, aber das Jahr 1922 hindurch immerhin auf einer Höhe von 173, bzw. 183 sich bewegte, gegenüber 100 vor dem Kriege. Auch heute noch ist das Leben in Spanien wie überall in der Welt bei weitem teurer als vor dem Kriege. Die Löhne der spanischen Metallindustrie schwanken im vergangenen Jahre für Schmiede zwischen 11 Peseten in Barcelona und 8 in Valencia, für Maschinenbauer zwischen 10 in Barcelona und Biscaya und 8,50 in Valencia. Die innere Kaufkraft dieses Geldes läßt sich leider an dem statistischen Material des „J. A.“ nicht feststellen, obwohl das das wichtigste wäre für Auswanderer; das wäre nur an Hand einer Preisstatistik möglich, und die fehlt leider. Deshalb ist äußerster Vorzicht geboten, gerade Ländern gegenüber, die die Einwanderung jetzt begünstigen. Denn alle jene Länder, in denen wirklich hohe Löhne gezahlt werden, haben die Einwanderung nahezu völlig unterbunden.

Schlepp in Grund und Boden Sanierung. Der Banknotenumsatz der Nationalbank hat im Jänner um 385,9 Milliarden zugenommen. Derzeit beträgt der Banknotenumsatz 6725 Milliarden Kronen.

